

Sozialdemokrat

Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Habliczkovo nám. 32.
Telefon 6795, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag.
Postpartafasonto 57544.

Einzelpreis 70 Heller. Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 16—Kč, vierteljährlich 48—Kč, halbjährig 96—Kč, ganzjährig 192—Kč. Für Deutschösterreich monatlich 120—SK, für Deutschland 16—Mk. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Die Mörder Erzbergers ermittelt.

Zwei Vuben aus der Erhardt-Brigade.
Berlin, 13. September. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“). Nach einer Wolff-Meldung aus München hat die badische Staatsanwaltschaft beide Mörder Erzbergers ermittelt. Es handelt sich um den 28jährigen Kaufmann Heinrich Schulz aus Saalfeld a. d. Saale und um den 27jährigen Studenten Heinrich Tilleßen aus Altn-Eindenthal, die beide der Erhardt-Brigade angehörten. Diese Erhardt-Brigade ist das berühmte Freikorps, das den Kapp-Putsch im März 1920 durchgeführt hat, scheinbar aufgelöst ist, in Wirklichkeit aber immer noch im Geheimen besteht. Die Mörder selbst sind noch nicht verhaftet. Man nimmt an, daß sie auch an dem Morde des unabhängigen Abgeordneten Gareis beteiligt sind. Die Berliner Polizei hat eine ganze Familie in Berlin festgenommen, bei der sich beide Mörder anfangs August aufgehalten haben. Es ist dort Material beschlagnahmt worden, das sowohl die Mörder als auch die Familie schwer belastet und aus dem hervorgeht, daß die Familien bis nach München zu rechtstrafrechtlichen Kreisen reichen. Es muß noch bemerkt werden, daß die badischen Behörden bei ihren Nachforschungen in München auf den verschiedenen Widerstand der bayerischen Polizei stoßen. Es ist anzunehmen, daß die beiden Mörder sich auch jetzt noch in Bayern befinden.

Beschlüsse des Völkerbundes.

Genf, 13. September. (Tsch.-P.) Die dritte Kommission für Blockade und Abrüstung von heute nachmittags unter dem Vorsitz von Brandt (Schweiz) in öffentlicher Sitzung ihre Beratungen über die praktische Durchführung sowie der Anwendung der Blockade des Völkerbundes fort. Die Debatte drehte sich um Auslegung und Anwendung des Artikels 16. Die meisten Redner waren sich darin einig, daß gegen die Vertragsbrüche Staaten nicht sofort kriegerische Maßnahmen angewendet werden sollen, sondern der Krieg durch wirtschaftliche Maßnahmen, durch die Blockade hinausgeschoben oder verhindert werden soll. Zu einem Beschluß über die Vorschläge der einzelnen Unterkommissionen kam es vorläufig nicht.

Genf, 12. September. (Tsch.-P.) Die zweite Kommission des Völkerbundes (Verkehrswesen und Transit) beschloß: „Die Versammlung nimmt davon Kenntnis, daß der beratende und technische Ausschuss für Verkehrsweisen Transit einen Sachverständigen für die Eisenbahn ernannt hat, der einen Donauuferstaat angehört. Sie fordert die Kommission auf, einen oder mehrere Sachverständige, die den Donauuferstaaten angehören sollen, für die verschiedenen einschlägigen Fragen zu ernennen.“

Der Börsentaumel in Berlin.

Berlin, 13. September. Wegen der enormen und unter den derzeitigen Verhältnissen nicht mehr täglich zu bewältigenden Ausdehnung des Börsengeschäftes bleibt die Fondsbörse diese Woche Mittwoch, Freitag und Samstag geschlossen. Am Donnerstag findet der Börsenverkehr statt. Die Börse wird um 10 Uhr geöffnet. Der Handel beginnt um 11 Uhr. Die Devisenkurse werden jeden Tag um 12 Uhr festgelegt.

Austritt der A. A. P. D. aus der 3. Internationale.

Berlin, 13. September. Die „rote Fahne“ meldet den Austritt der A. A. P. D. (Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands) aus der kommunistischen Internationale.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Parteilosen, Genossinnen!

Der fünfjährige blutige Krieg hat der Arbeiterklasse neben allen anderen unerhörten Opfern eine Ernährungsnot gebracht, wie sie in früheren Jahrhunderten kaum gekannt wurde. Um den Krieg weiterführen zu können, die Bevölkerung nicht völlig verhungern zu lassen, mußte der Staat die Verteilung der Lebensmittel vorzunehmen versuchen. Nach dem Kriege sind die Lebensverhältnisse der Vorkriegszeit durchaus wiederhergestellt. Die Verwüstung der menschlichen Arbeitskraft und der sachlichen Produktionsmittel haben die Ergiebigkeit des Bodens geschwächt und insbesondere in den besiegten Ländern erwies sich die Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Auslande notwendiger denn je. Zu den Transportschwierigkeiten, zur Störung des Weltmarktes kam hinzu, daß die Währungen der besiegten Staaten gewaltig entwertet wurden, diese Staaten zu arm geworden waren, um soviel Lebensmittel im Auslande kaufen zu können, als notwendig gewesen wäre, um die breiten Massen vor dem Hunger zu schützen.

Die Sozialdemokratie ist seit Kriegsende mit ihrer ganzen Macht für einen geordneten, staatlichen Ernährungsdienst, für eine Uebergangswirtschaft, aus dem Krieg in den Frieden, eingetreten. Unsere Abgeordneten haben im Parlamente den bekannten Ernährungsantrag Seliger verfochten, der den öffentlichen Versorgungsdienst von der bürokratischen Verwaltung befreien und sie auf die organisierten Produzenten und Konsumenten stellen sollte. Wir sind im Abgeordnetenhaus mit diesem Plane nicht durchgedrungen, die deutschen und tschechischen Agrarier, die nur die maßlose Erhöhung ihrer Profite im Auge hatten, haben sich damit begnügt, wie bisher, was die tschechischen und deutschen bürgerlichen Parteien aller Richtungen einmütig abgelehnt hatten. Die Verhandlungen im Ernährungsausschusse des Abgeordnetenhauses standen aber bereits im Schatten der Bildung einer neuen Regierung aller tschechischer Parteien. Um diese Regierung zu ermöglichen haben die tschechischen Sozialdemokraten und Nationalisten zu Gunsten der Agrarier darauf verzichtet, daß der Ernährungsplan erledigt wird, nach einer stillen Vereinbarung aller tschechischer Parteien im Parlamentarisch der Tschechoslowakei, in der Petka, wurde der Regierung bewilligt, den Verordnungsweg zu beschreiten.

Die Regierungsverordnung vom 30. Juni setzt die Menge des staatlich bewirtschafteten Getreides auf 40.000 Waggons fest, also ungefähr auf ein Drittel des vorjährigen Kontingents. Die eine Verordnung setzt eine gewisse Einkommensgrenze fest, bis zu welcher Personen mit Brot und Mehl noch staatlich versorgt werden, die andere Verordnung macht die Versorgung von den bereitstehenden Vorräten abhängig. Die größere Hälfte der Bevölkerung wird aus der staatlichen Versorgung überhaupt ausgeschlossen, sie muß Mehl und Brot im freien Handel kaufen, eine gewaltige Verteuerung ihres Lebenshaltunges setzt ein. Die andere Hälfte der Bevölkerung erhält Brot und Mehl zu einem höheren Preise als bisher, hat also gleichfalls mit einer Verteuerung der Lebenshaltung zu rechnen. Nach den bisherigen Erfahrungen aber ist wahrscheinlich, daß auch sie den größten Teil ihres Brotes und Mehls bedarfes im freien Handel wird decken müssen, sodas auch für die Arbeiterschaft die staatliche Versorgung fast völlig aufgehoben ist.

Die Schuld daran, daß es soweit gekommen ist, tragen in erster Linie die bürgerlichen Parteien. Sie haben seit mehr als einem Jahre den Ruf nach dem freien Handel erhoben und erzählt, daß wenn nur die staatliche Bewirtschaftung des Getreides aufgehoben sei, werde alles in Hülle und Fülle billig zu haben sein. Daß die Agrarier so sprechen, kann uns nicht Wunder nehmen, denn für sie bedeutet der freie Handel tatsächlich das Paradies, in dem sie goldene Früchte pflücken. Aber nicht nur die Agrarier haben den freien Handel herbeigesehnt, sondern auch die sogenannten bürgerlichen Städte- und Konsumentenvereine, ob sie sich nun christlichsozial, deutschnational, nationalsozial oder demokratisch nennen. Bei der Beratung des Budgets im Abgeordnetenhaus haben die bürgerlichen Parteien geschlossen für eine Resolution gestimmt, in der der Freihandel mit allen bisher staatlich bewirtschafteten Lebensmitteln verlangt wird. Dieselben Parteien scheuen sich freilich nicht, jetzt Versammlungen abzuhalten, in der sie gegen die mangelhafte Ernährungsweise Sturm laufen. Wir Sozialdemokraten haben uns durch das demagogische Geschrei der bürgerlichen Partei nicht abhalten lassen, den Kampf für die Beibehaltung der Bewirtschaftung des Getreides weiter zu führen. Wenn trotzdem jetzt die Arbeiter zu Tausenden aus der öffentlichen Versorgung einfach hinausgeworfen werden, so haben sie dies den Abgeordneten der bürgerlichen Parteien zu danken.

Aber auch die Regierung hat sich in ihrer ganzen Arbeiterfeindschaft geoffenbart. Sie hat nicht einmal die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses respektiert. Der Ernährungsausschuss hat beschlossen, die Höchst Einkommensgrenze der noch zu Versorgenden mit 2500 Kronen zu bemessen, in der Regierungsverordnung vom 16. August ist die Einkommensgrenze mit 2000 Kronen festgesetzt. Der Ernährungsausschuss hat bestimmt, der Preis des bewirtschafteten Weizenmehles soll vier Kronen betragen, die Verordnung, der Preis fünf Kronen vor. Der Ernährungsausschuss hat die Regierung verpflichtet, durch Ankauf ausländischen Getreides dafür zu sorgen, daß die durch die Verordnung umschriebenen Personen das Mehl auch wirklich erhalten, die Durchführungsverordnung vom 17. August macht jedoch die Verordnung von der erfolgten Anlieferung abhängig, das heißt, die Regierung verpflichtet sich zu gar nichts, lesern die Anlieferung ab, bekommen die Arbeiter zu essen, wenn nicht, können die Arbeiter die Wucherpreise bezahlen.

Der Parteivorstand der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, die Zentralgewerkschaftskommission des deutschen Gewerkschaftsbundes und der Vorstand des Verbandes deutscher Wirtschaftswissenschaften haben in einer Vorsprache den Ernährungsminister noch einmal die drohenden Folgen der jetzigen Ernährungsanarchie aufmerksam gemacht. Die Abordnung hat verlangt, daß wenigstens für den kleinen Kreis der in staatlicher Versorgung Verbleibenden der Bezug auf die Art sichergestellt werde, daß die fehlenden Mengen eventuell im Auslande aufzukaufen werden. Sie hat darauf hingewiesen,

Westungarn und wir.

Der Streit um Burgenland weckt schwerlastende Erinnerungen. Der ungeliebte Juli 1914 steht allzuleicht wieder vor unserer Seele. Auch damals war es ähnlich. Eine grausige Tat war geschehen, ein Mord, der, begriff man, die näherstehenden erschütterte mußte. Aber was man nicht begreifen wollte und was dennoch kam, war, daß diese Tat eine ganze Welt in ihren furchtbaren Vann zog, weil niemand das rechte Mittel fand, ihre Wirkungen auf das rechte Mittel, ihre Wirkungen auf beschränken. Die eine schwere Wunde traf damals der Brand um sich. Volk um Volk wurde, es wußte selbst nicht, wie, hineingezogen und mußte die Kraft seiner besten Jugend im Scheiterhaufen der Kriegsbüste auflodern sehen. Solch ein verhängnisvoller Atem des Schicksals scheint auch den Streit um Westungarn zu umwittern. Neben Deutschösterreich und Magyaren reden sich nunmehr auch schon Italien, die Tschechoslowakei und der südslawische Staat drohend auf, ein frech subvertierter Grenzkonflikt wird zum Zankapfel zwischen waffenstarrten Mächtegruppen. Wir wollen und können nicht an die Gefahr eines unmittelbaren drohenden Krieges glauben. Aber die Gewitterwolke, die heute darum nicht weniger drückend über Europa liegt, verdammt schon zur Genüge das Hortichs System der Lüge, der Gewalt und der Hinterlist und verdammt ebenso die zweischneidige Politik der Entente, die erst Hortichs Vorgehen ermöglicht hat. Die Magyaren beugten sich dem Frieden von Trianon, weil sie überzeugt waren, ihn nie ganz halten zu müssen. Ist doch der stärkste Exponent der Entente auf dem Festland Frankreich und im Kampf gegen den Bolschewismus weiß sich Hortich als Briands verlässlichsten Bruder. Sollte dieser selbe Briand ihn ernstlich zwingen, das Burgenland dem sozialistisch verfeindeten Deutschösterreich abzutreten? Das war nicht zu befürchten und so wurden Stefan Friedrich und Hejas beauftragt, „auf eigene Faust“ die Geschäfte Hortichs zu besorgen und die Uebergabe des Burgenlandes zu verhindern. Eine verdammt kluge Anordnung, und sie hätte auch gestimmt, wenn es nur auf Frankreichs Willen angekommen wäre. Beweis dafür der Auftrag an Deutschösterreich, das von Ungarn geräumte Land nur mit Gendarmen zu besetzen; Beweis dafür das Verbot, mit der Bundeswehr den Widerstand der Magyaren zu brechen, und ebenso die vielen großen Worte der Entente, denen auch nicht eine einzige Tat folgte. Dem hochberedigen Vertübler Bela Kuns mit Energie entgegenzutreten, scheint kein ernstere Wille vorgelegen zu haben, aber man scheint sich im Kreise der Entente seltsamer Weise auch darüber nicht im Klaren gewesen zu sein, daß die Nachbarn der Machterweiterung der gewalttätigen Beharren nicht ruhig würden zusehen. Jeder Erfolg Hortichs bedeutet ja auch einen Erfolg der habsburgischen Staatsidee und damit einen Nagel zum Sarge der selbständigen Nachfolgerstaaten. So rief das Verlangen der großen Automaten die kleine Entente auf den Plan, mit einer zögernden Note Banffy's Kreuz sich eine vorwärts drängende Note des Außenministers Bencsch. An beiden Schriftstücken ist nicht der Wortlaut das Wichtigste. Banffy's Lügen wollen bloß beschwichtigen und Zeit gewinnen, weil der Sturm der Ereignisse, hofft er, in wenigen Tagen eine Situation schaffen kann, die es ermöglicht, den Raub zwischen den gegnerischen Parteien zu beenden. Und für Bencsch mag es das Wichtigste sein, die Führer auszustrecken und zu prüfen, wie seine im Tone energischen, im Ziele absichtlich unklar gehaltenen Beschwörungen und Mahnungen im eigenen Land, von den Brüdern der kleinen Entente und namentlich von Italien aufgenommen werden. Denn Italien hat deutlich zu verstehen gegeben, daß das Burgenland nicht für die

Süßwaren ein willkommener Anlaß werden darf, die eigene Stellung auszubauen und so ein noch unangenehmerer Nachbar zu werden, als es an und für sich schon ist. Eine Rivalität entzündet sich drohend an der anderen, zu Horribus Freude, uns zur Warnung. Wir dürfen nicht ruhig zusehen, wie sich „Zwangslagen“ entwickeln, die ihr eigenes folgenschweres Gewicht in sich selber tragen und die von der zünftigen Diplomatie nicht anders gelöst werden können als durch einen blutigen Wassergang. Wir kennen keinen ärgeren Gegner als Horribus, wir hassen ihn als die bluttriefende Verkörperung alles Hassenswerten: des leibhaftigen Rückschrittes, der schwärzesten Monarchie, des Feudalismus, der unversöhnlichen Arbeiterfeindschaft. Wir wissen, daß sein Ueberfall auf Deutschösterreich und das Burgenland einen frevelhaft-wohltünderlegten Versuch darstellt, das Banner der Reaktion vorwärts zu wagen und es im Bunde mit Polen und Bayern womöglich in ganz Mittel- und Osteuropa aufzupflanzen. Aber wir wissen auch, daß Horribus mit unblutigen Mitteln zur Umkehr gezwungen werden kann. Die Mächte müssen den Willen haben, dann haben sie auch die Kraft, ihn zu beugen. Nicht um „Intervention“ geht die Frage, sondern um „Intervention“ im Einverständnis oder in eigensüchtiger Rivalität. Ein Streit ums Recht, um die Einhaltung eines feierlich besiegelten Friedensvertrages darf nicht für Dritte Gelegenheit zum unerlaubten Gewinn sein. In diesem Sinn haben wir die äußere Politik unseres Staates sorgsam zu überwachen. Unsere Parole ist: *Secum Horribus!* Aber nicht zum Vorteil der Tschechoslowakei! Deshalb stehen wir dem Versuchsbalken des Herrn Beneš mit berechtigtem Mißtrauen gegenüber.

Deutschbürgerliche Demagogie

Für und gegen den freien Handel.

Breite Massen der Bevölkerung beginnen schon jetzt einzusehen, daß die fast völlige Aufhebung der staatlichen Getreidewirtschaft eine neue Vertenerung ihrer Lebenshaltung zur Folge haben wird. Sogar die bürgerlichen Parteien, in deren Gefolgschaft sich noch Angestellte und Beamte sowie Kleingewerbetreibende befinden, protestieren gegen die Ausschaltung dieser Kreise aus der staatlichen Versorgung. In letzter Zeit fanden große Kundgebungen der Deutschnationalen, Christlichsozialen und Nationalsozialisten in Freiwaldau, Tropau und Wegstadt statt. Wir wollen die Demagogie, die die bürgerlichen Parteien mit derartigen Veranstaltungen treiben, aufzeigen, indem wir diese Herrschaften, die glauben, daß die Bevölkerung ein kurzes Gedächtnis habe, nur an ein paar Tatsachen erinnern, die klipp und klar zeigen, daß diejenigen, die heute gegen die Auffassung der staatlichen Wirtschaft protestieren, selbst den freien Handel verlangt haben. In einer dringlichen Interpellation im Abgeordnetenhaus, die die Nummer 277 trägt, stellen einzelne Abgeordnete an den Ernährungsminister die Anfrage: „1.) Ist der Minister geneigt, mit dem 15. August 1920 die staatliche Bewirtschaftung von Getreide und Kartoffeln aufzuheben und mit diesem Tage den vollständig freien Handel und Verkehr mit diesen Erzeugnissen einzuführen und sämtliche Zentren aufzulassen? 2.) Ist der Herr Minister geneigt, mit dem 15. August 1920 die bisherigen Höchstpreise für sämtliche landwirtschaftlichen Erzeugnisse aufzuheben?“ Daß die Agrarier, Heller, Mayer, Kaiser usw. diese Interpellation unterschrieben haben, nimmt uns nicht wunder. Aber die Interpellation ist noch von folgenden christlichsozialen „Konsumtenvertretern“ unterfertigt: Böhr, Dr. Feilerseil, Budig, Schälzky, Sobel, Dr. Lufschla, Dr. Petersilla, durchwegs Herren, die nicht etwa um die Stimmen der Bauern allein geworben haben, sondern sich auch als die Vertreter von Beamten, Angestellten und städtischen Kleingewerbetreibenden aufspielen.

Auch die Deutschnationalen, die jetzt Versammlungen gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft veranstalten, haben vor nicht langer Zeit anders geredet. Der deutschnationalen Abgeordnete Lehner führte in der 51. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 4. Februar 1921 folgendes aus: „Wenn heute der Bauer nicht weiß, ob er die Ernte frei verkaufen kann und wie teuer, dann kann man sich vorstellen, daß er nervös wird und anzufrieden, daß er weniger anbaut als er sonst anbauen würde. Wenn der Händler nicht weiß, ob er etwas verkaufen darf und wie teuer, kann ich mir ganz gut vorstellen, daß er unruhig wird und an seinem Geschäft seine Freude mehr hat. Der Konsument kann erst recht nicht zufrieden sein, weil er zu fortwährendem halbem Hungern verurteilt ist.“

Daß die nationalsozialen sogenannten Arbeitervertreter in diesem Reigen nicht fehlen können, versteht sich von selbst. Der

daß die Beschränkung der staatlichen Bewirtschaftung gerade in einem Augenblicke erfolgt, da die Wirtschaftskrise auf der Arbeiterschaft lastet, wie schwer die Verringerung der Quote, insbesondere die Arbeitslosen und die Kurzarbeiter trifft und die Regierung aus ihrer verkehrten Anordnung für alle Folgen verantwortlich gemacht.

Der Sieg des freien Handels ist entschieden und es besteht keine Hoffnung mehr auf ausreichende staatliche Versorgung der Massen der arbeitenden Bevölkerung. Die neue Regierung, die uns in kurzer Zeit beschieden sein wird, ist auf der Basis gebildet, daß in der Ernährungsfrage weiter nichts geschieht. Der freie Handel ist das unausgesprochene Regierungsprogramm. Von dieser Regierung ist eine Besserung in der Ernährungslage nicht zu erhoffen.

Der Arbeiterschaft bleibt nichts anderes übrig, als eine Verbesserung ihres Lebensunterhaltes mit jenen Mitteln zu erkämpfen, die sie auch vor dem Kriege erfolgreich angewendet hat. Sie muß die Höhe der Arbeitslöhne der verringerten Kaufkraft des Geldes anpassen. Wenn die Agrarier für ihre Produkte Weltmarktpreise verlangen, verlangt die Arbeiterschaft für ihre Arbeitskraft Weltmarktlöhne. Die Unternehmer haben bereits in die Warenpreise der nächsten Zeit die Profsteuer eingerechnet, die sie nunmehr ersparen. Für diese Beträge und darüber hinaus werden die Unternehmer Teuerungen zu lagern bewilligen müssen, damit die Arbeiterschaft auch nur notdürftig existieren kann.

Die Arbeiterschaft muß aber auch den politischen Kampf gegen die Ursachen der Ernährungsnot, die Teuerung und ihre Nutznießer in der Erkenntnis führen, daß sie in diesem Kampfe auf den erbittertesten Widerstand der ihre Profite verteidigenden herrschenden Klasse stößt. Die Kraft des Widerstandes dieser Klassen muß die Arbeiterschaft anspornen ihre Bemühungen zu verdoppeln, den Kampf gegen alle warenverteuernden Zölle zu führen, die Eisenbahn- und Schiffahrtstarife, sowie alle Zweige des Steuerwesens in den Dienst einer, die Warenausfuhr und -einfuhr, sowie die Beschäftigung der Arbeiter, fördernden Wirtschaftspolitik zu stellen. Die Arbeiterschaft muß aber auch erkennen, daß die Teuerung den Bankrott und die Unfähigkeit der auf Privatwirtschaft aufgebauten Ordnung aufzeigt. Erst die kapitalistische Wirtschaftsordnung, in der alles darauf abzielt, die große Masse der Menschen zu Gunsten einiger Weniger auszubeuten und der Aufbau einer planmäßigen Ordnung, in der nicht das Profitbedürfnis, sondern die Bedürfnisse der arbeitenden Menschen entscheiden, wird der Arbeiterschaft ihre wirtschaftliche Befreiung bringen.

Prag, im September 1921.

Der Parteivorstand der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Herr Abgeordnete P a g e l t führte in der 28. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 1. Dezember 1920 folgendes aus: „Sie (die Regierung) wird nur erreichen, daß selbst Bevölkerungsteile, die früher anders dachten, der freien Wirtschaft immer mehr zuneigen, da man sehen muß, daß nichts anderes helfen kann, als die Ernährung der privaten Initiative zu überlassen.“

Dieselben Herren also, die, wie wir nur an wenigen Beispielen nachgewiesen haben, seit Beendigung des Krieges den freien Handel als den Messias betrachtet haben, der uns aus Ernährungsnot und Teuerung herausführen wird, veranstalten jetzt Protestversammlungen gegen die Auflösung der staatlichen Bewirtschaftung. Die Arbeiterschaft kann an diesem unwürdigen Verhalten wieder einmal die grenzenlose Demagogie der bürgerlichen Politiker und Abgeordneten erkennen.

Inland.

Verschiebung der Kabinettsbildung. Wie die „Tribuna“ meldet, wird es zur Bildung des neuen Ministeriums erst in einigen Wochen kommen. Insbesondere gestalten sich die Verhandlungen des Abg. Schwesla mit den Nationaldemokraten schwierig.

Die Vereinfachung der Verwaltung. Die „Narodni Listy“ kommen in ihrem Leitartikel auf die Schrift des Ministers für öffentliche Arbeiten, Dr. Kovarik, zu sprechen, die von der Wirtschaftlichkeit in der Staatsverwaltung handelt. Kovarik schlägt eine eigene Organisation hiezu vor. In jedem Ministerium müßte beim Präsidium ein bewährter Organisator und Kontrolleur eingestellt werden, dessen Aufgabe es wäre, in seinem Ministerium die Wirtschaftlichkeit aller geleisteten Arbeit zu prüfen. Die Organisatoren aus allen Ministerien würden ein gemeinsames Kollegium bilden, an dessen Spitze ein dreigliedriges Präsidium, bestehend aus den Vertretern des Ministerpräsidenten, des Obersten Kontrollamtes und des Finanzministeriums stünde. Das Kollegium müßte wöchentlich zusammentreten und den einzelnen Ministerien Reorganisationsvorschläge machen. Auf dieses Kollegium gestützt, könnte eine Ersparungskommission die notwendigen Reformen durchzuführen. Vor allem müßte die veraltete Agenda vereinigt werden. Der Staat verträgt nicht 15 Ministerien. Das Ministerium für Gesundheitswesen könnte in eine Sektion des Ministeriums für soziale Fürsorge verwandelt werden. Sämtliche Transportangelegenheiten könnten in einem Verkehrsministerium vereinigt werden, welchem die Generalpost- und Generaleisenbahndirektion unterstünde. Es hat keinen Sinn, in den Ministerien beständig neue Abteilungen zu errichten. Wozu muß es in jedem Ministerium eine statistische Abteilung geben, da es doch ein staatliches statistisches Amt gibt? Warum könnte nicht im Finanzministerium eine einzige Kasse sein? Die Beamtenschaft muß es sich zum Grundgesetz machen, daß Zeit mehr als Geld sei und für die Erledigung gewisser Eingaben müßte eine Frist gesetzt werden.

Eine freundliche Einladung. Die „Nova Doba“, das Bilsuer Organ der tschechischen Sozialdemokraten beschäftigt sich in ihrer Nummer vom 11. September mit unserem Artikel, in dem wir zu dem Beschluß Stellung genommen haben, in dem die tschechische Sozialdemo-

kratie ihre Bereitwilligkeit zum Eintritt in die Regierung erklärt hat. Dabei macht sie folgenden Geständnis: „Wir haben nicht den geringsten Grund zu leugnen, daß wir tatsächlich national fühlen und daß uns an der Wohlfahrt der tschechoslowakischen Republik gelegen ist. Dabei aber gönnen wir zum Unterschiede von den deutschen Genossen auch den anderen, was wir für uns selbst verlangen und wir anerkennen daher, daß auch sie den Anspruch auf nationales Fühlen haben und daß auch ihnen an dem Erfolg der deutschen Sache in unserem Staate gelegen ist.“ Wir danken der „Nova Doba“ für ihre freundliche Einladung, aber wir werden ihr nicht folgen. Das beständige Betonen des „nationalen Gefühls“ der tschechischen Genossen zeigt, daß sie sich — zum Unterschiede von uns — die nationalstische Terminologie schon ganz zu Eigen gemacht haben. Nicht in dem ständigen Hervorheben nationaler Momente, sondern in dem klaren Herausarbeiten des sozialen Gegensatzes, in dem sich die Arbeiterschaft zur Bourgeoisie befindet, liegt das Wesen der sozialen Aufklärungsarbeit.

Die Post politisiert schon wieder. Die Prager Post- und Telegraphendirektion hat einen Erlass herausgegeben, in welchem angeordnet wird, daß von der öffentlichen Briefpostbeförderung alle Postsendungen ausgeschlossen sind, auf denen die national gemischten Gebiete der Tschechoslowakischen Republik derart bezeichnet sind, daß damit der Anschein erweckt wird, als ob es selbständige Staatsgebiete wären. Es handelt sich insbesondere um die Bezeichnung „Deutschböhmen“, „Böhmerwaldgau“, „Deutsch-Südmähren“, „Sudetenland“ und „Sudetengau“, durchwegs Benennungen, welche, wie der Erlass sagt, erst durch die deutschösterreichischen Verfassungsorgane am Schlusse des Jahres 1918 und anfangs 1919 geschaffen wurden. Gegen die geographische Bezeichnung „Sudeten“, das ist Sudetengebirge, gibt es keinen Einwand, ebenso wie gegen den Sammelnamen „Sudetländer“, unter denen man die von diesem Gebirge durchzogenen Länder, also Böhmen, Mähren und Schlesien versteht. Ferner werden von der Postbeförderung Sendungen ausgeschlossen, welche mit Bignetten mit den Bildern der deutschen Herrscher, Staatsmänner (Bismarck), Heerführer (Gindenburg, Ludendorff), sowie mit Bignetten versehen sind, welche andere Bilder und Aufschriften tragen, deren Sinn gegen den Staatsgedanken gerichtet ist. Alle derartigen Sendungen werden, soweit sie bereits zur Beförderung angenommen wurden, als unbestellbar betrachtet. Die vom „Bund der Deutschen“ ausgehenden Ansichtskarten sind nicht zulässig. Alle diese Vorkehrungen werden mit der Rücksicht auf die öffentliche Ordnung begründet. — Wir sind der Ansicht, daß zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung die Gendarmerie, Polizei, Staatsanwälte und Richter berufen sind, daß aber die Post lediglich zur schnellen Postbeförderung hier ist. Ueber den Staatsgedanken sollen sich andere Leute den Kopf zerbrechen wie Briefträger. Und über die Zulässigkeit von Ansichtskarten haben nicht Postfräulein zu entscheiden. Als unbestellbar hat nur das zu gelten, was tatsächlich unbestellbar ist. Es wäre besser, wenn der Herr Postdirektor um das bessere Funktionieren der ihm unterstellten Anstalten als um eine Verzögerung der Briefbeförderung durch eine postalische Zensur besorgt wäre. In allen Kulturstaaten setzt die Post ihren Stolz darin, beinahe unleserliche adressierte Sendungen zuzustellen; bei uns jedoch, die leselichen auszuschließen.

Weitere Verschleppung der bayrischen Krise.

Berlin, 13. September. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Der Rücktritt des bayrischen Gesamtkabinetts hat die Lage nicht geklärt, sondern eher noch verschärft. Einflußreiche Kreise in der bayrischen Volkspartei unter Führung Dr. Heims arbeiten mit Hochdruck gegen den Abgeordneten Heß, dessen Bemühungen die Annäherung an die Reichsregierung zu danken war. In der Fraktion der deutschen Volkspartei haben sich erregte Szenen abgespielt. Ein Teil der volksparteilichen Abgeordneten verlangte, daß Raahr sein Amt behalten solle. Die Deutschnationalen behaupten bereits, daß sie einen vollen Erfolg erzielt hätten und daß der in der nächsten Woche zusammentretende bayrische Landtag die Rückkehr Raahrs beschließen werde. Es ist aber kaum anzunehmen, daß sich im Landtag eine Mehrheit für diese offene Herausforderung der Reichsregierung finden wird. Vielmehr ist damit zu rechnen, daß sich eine Regierung der Mitte aus Volkspartei, Bauernbund und Demokraten bilden wird, die möglicherweise auf die Neutralität der Rechtssozialen spekuliert.

Der „Vorwärts“ sagt zu einer solchen Regierung: „Die Sozialdemokratie wird ihre Stellung zu ihr je nach ihrer Zusammenfassung und nach ihrem Verhalten einrichten. Eine zuverlässige republikanische Regierung würde jedenfalls mit ihrer Unterstützung zu rechnen haben.“

Seute vormittags hatte der Reichskanzler eine Besprechung mit den Führern der Regierungsparteien des Reichstages. Er erklärte, daß die Reichsregierung zu den Forderungen des bayrischen Landtagsausschusses bisher noch keine Stellung habe nehmen können, weil ihr noch keine offizielle Mitteilung darüber zugegangen sei. Sie könnte ihre prinzipiellen Bedenken besonders gegen die Forderung der Uebertragung der Exekutive an die bayrische Landeszentralbehörde nur dann zurückstellen, wenn in Bayern eine Regierung am Ruder sei, von der man die loyale Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten voraussetzen würde. Zu Herren von Raahr habe sie dieses Vertrauen nicht. Seine Rückkehr in die bayrische Regierung würde nur eine Verschärfung und bedenkliche Zuspitzung des Konfliktes bedeuten.

Die bayrischen Reaktionen haben also wenigstens vorläufig eine weitere Verschleppung der Krise erreicht. Die Vertreter der sozialistischen Parteien und die Gewerkschaften werden jetzt dafür zu sorgen haben, daß die Absicht der bayrischen Reaktionen durchkreuzt wird.

Der Völkerbund bleibt passiv.

Der Rotenwechsel zwischen Oesterreich und dem Völkerbundrat.

Genf, 13. September. In seiner heutigen Sitzung prüfte der Völkerbundsrat die österreichische Note, in der angesichts des ungarischen Vorgehens im Burgenlande das Eingreifen des Völkerbundes verlangt wird. Mit Rücksicht darauf, daß die österreichische Regierung eine ähnliche Note an den Völkerrat gerichtet hat, beschloß der Völkerrundsrat, vorläufig nicht einzugreifen, da übrigens der Völkerrat in der Frage der Ausführung des Vertrages von Trianon besonders zuständig sei. Der österreichische Vertreter Pflügl erklärte sich mit dem Beschlusse einverstanden, fügte aber hinzu, daß seine Regierung sich vorbehalten, vom Neuen an den Völkerbund heranzutreten, falls die Angelegenheit durch die Völkerratkonferenz nicht völlig gelöst wird.

Ueber den Rotenwechsel zwischen der österreichischen Regierung und dem Völkerrundsrat wird mitgeteilt: Am 11. September richtete Graf Mensdorff an den Generalsekretär einen Brief, in welchem er auf die Grenzverletzungen in Kirchschlag und Umgebung hinwies und im Auftrage seiner Regierung auf Grund der Art. 10, 11 und 17 des Völkerrundstatutes vom Völkerrundsrat sofortige Maßnahmen zur Sicherung der österreichischen Integrität gegen jeden Angriff verlangte. Am 10. September teilte der zweite Delegierte Oesterreichs, Pflügl, dem Generalsekretär mit, daß die österreichische Regierung sich auch an die Völkerratkonferenz gewendet habe, weil ihr die Ausführung des Vertrages von Trianon obliege und daß die Völkerratkonferenz eine Note an Ungarn gerichtet habe. Der Völkerrundsrat beauftragte Vicomte Tshii, über die Angelegenheit Bericht zu erstatten. Auf Antrag Tshii's richtete der Rat an den Grafen Mensdorff ein Schreiben, das den oben bergelegten Entschluß enthält, der folgen demmaßen lautet: Der Völkerrundsrat wird die Angelegenheit mit der größten Aufmerksamkeit verfolgen und gern von der österreichischen Regierung die in der zweiten Note angekündigten Mitteilungen entgegennehmen, die eine Entscheidung über den einzuschlagenden Weg ermöglichen sollen.

Ungarns Raubzug.

Frankreichs Ausflüchte.

Paris, 13. September. (Havas.) „Petit Parisien“ bemerkt, daß, wenn die Entscheidung über die Ungarn gegenüber einzunehmende Haltung noch nicht getroffen sei, dies nicht Frankreich zur Last falle, das in dieser Frage nicht ohne Zustimmung seiner Verbündeten entscheiden könne. Insbesondere in Mitteleuropa möge es zur Kenntnis genommen werden, daß Frankreich die Durchführung der Friedensverträge verteidige und eine rasche Lösung des westungarischen Konfliktes fordern müsse.

Die große Entente schiebt die Entscheidung hinaus.

Genf, 13. September. (Havas.) Der Völkerbundrat beschloß in der Frage des magyarischen Einfalles ins Burgenland die Sorge um die Durchführung des Friedensvertrages von Trianon der Votschasterkonferenz zu überlassen.

Schärfere Sprache in London.

London, 13. September. (Reuter.) Wie Reuter hört, hat die Antwort der ungarischen Regierung auf die Note der Votschasterkonferenz in maßgebenden Kreisen Londons einen ungünstigen Eindruck gemacht. Man habe das Gefühl, daß es notwendig sein wird, durch Gewaltmaßnahmen Ungarn zur Erfüllung seiner Verpflichtungen zu zwingen.

Horthis gibt nach?

Budapest, 13. September. (M. T. N. B.) Die ungarischen Truppen haben die ganze Zone A geräumt. Die in den Gemeinden der Zone A für einige Stunden eingerückt gewesene ungarische Gendarmerie wurde in die Zone B zurückberufen.

Strafverfahren gegen Putschisten.

Wien, 13. September. Von den vom Kreisgerichte Wiener-Neustadt wegen Spionage, Hochverrat, Raub und Mordversuch nach Wien eingelieferten 49 Personen sind, wie die Blätter melden, 30 aus der Haft entlassen und der Polizei überstellt worden. Die Anklagebehörde hat auf eine weitere Verfolgung dieser Personen auf Grund des Ergebnisses der bisherigen Erhebungen verzichtet. Unter den in Wiener Landesgericht in Haft bleibenden Personen befindet sich der ungarische Agitator Dr. Egan, der als Bandenführer wegen Mordversuches in Untersuchung steht.

Meinungen über Banfys Note.

Wien, 13. September. In Budapest trat auf die Ententeandrohung mit Straffunktionen hin der Ministerrat zusammen, welcher den ursprünglichen Text der magyarischen Antwort wesentlich geändert hat. Unter dem Druck der in Paris überreichten Ententernote sah die magyarische Regierung von ihrem Standpunkte in der Garantiefrage ab und entschied sich für die bedingungslose Räumung Westungarns. Um den diplomatischen Rückzug zu sichern, wurde nur ein Antrag angenommen, demzufolge die Entente durch Vermittlung der Ledeburger Kommission unter Teilnahme magyarischer und österreichischer Vertreter einen neuen Uebergangspunkt ausarbeiten soll. Der Berichterstatter des „Neuen Wiener Tagblattes“ erfährt weiters, daß die in der magyarischen Antwort kundgegebene Anschauung die Pariser politischen Kreise trotz ihrer Nachgiebigkeit nicht befriedigt. Die Entente sei entschlossen, auf der vorbehaltlosen Räumung Westungarns zu beharren, und werde ehestens in scharfer Form die magyarische Note beantworten.

Wien, 13. September. (Tsch. B.) Der italienische Minister des Auswärtigen Marchese della Torretta hatte gestern eine Beratung mit dem Bundeskanzler Schober und mit den Ententevertretern in Wien. Eine Entscheidung in der westungarischen Frage, namentlich in der Frage der Entsendung italienischer Truppen nach Westungarn, ist bisher nicht erfolgt.

Leere Worte Leon Bourgeois'.

Genf, 13. September. (Havas.) In seiner gestrigen Rede vor der Völkerbundversammlung beschäftigte sich L. Bourgeois mit dem gegenwärtigen Stande der Gesellschaft der Nationen und mit den Gründen, welche einerseits zur Hoffnung berechtigten, andererseits Befürchtungen erweckten. Eine gewisse Beunruhigung ergibt sich aus der Nichtbeteiligung der Vereinigten Staaten und daraus, daß seitens dieser die Abrüstungskonferenz nach Washington berufen wurde. Bourgeois begrüßt es mit Freude, daß sich die Vereinigten Staaten mit der Abrüstungsfrage beschäftigen, einem Ziel, das die Gesellschaft der Nationen ebenfalls verfolgt. Die Gesellschaft der Nationen blide vertrauensvoll in die Zukunft. Neue Mitglieder wachsen zu und von den ihr bis zum Schluß der letzten Plenarversammlung treugebliebenen ist kein einziges ausgestreut. Der Antrag eines ständigen internationalen Gerichtshofes bekommt allgemeiner Zustimmung. Schwierigkeiten kann der Umstand bereiten, daß Fortschritt

und Entwicklung der Gesellschaft der Nationen langwierig sind. Die Hindernisse zeigten sich bei der Verwirklichung des Programmes und bei der Beilegung gewisser Streitigkeiten. Der charakteristische Beweis der bedeutenden stillen Autorität, der sich die Gesellschaft der Nationen erweist, ist darin zu erblicken, daß der Streit um Oberschlesien von den Hauptmächten ihr zur Entscheidung vorgelegt wurde. Dieser Entschluß erweitert allerdings die Pflichten des Rates der Gesellschaft der Nationen, welche nicht zulassen kann, daß sie bei der übernommenen Aufgabe versagt. Bourgeois umschrieb dreierlei Zwecke, auf die die Gesellschaft vor allem hinzuwirken hat: 1. Erreichung eines internationalen Gerichtshofes, 2. Schutz des Friedens vor allen Gefahren und 3. Internationale Organisation des Staatslebens. In Besprechung der Abrüstung erklärte Redner, daß Frankreich nicht vom Wege der Friedensliebe abgewichen sei, den es auf der Friedenskonferenz eingeschlagen. Bourgeois setzt sich dafür ein, daß die Entscheidungen der Gesellschaft der Nationen der Öffentlichkeit möglichst zugänglich gemacht werden, daß die Beschlüsse des Rates klar begründet und der Öffentlichkeit in ihrer Gänze bekanntgegeben werden, und zwar nicht bloß durch die Presse, sondern direkt durch die Parlamente, denen die Verhandlung dieser Entscheidungen zu ermöglichen wäre.

Die Rede Bourgeois' wurde mit großer Begeisterung aufgenommen.

Österreichs Finanznot.

Wien, 13. September. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“.) Im Finanzausschuß erstattete heute der Finanzminister Bericht über seine Reise nach Paris, London und Genf. In der Debatte führte Genosse Dr. Ellenbogen aus, daß die Mitteilungen des Finanzministers seinen Optimismus nicht rechtfertigen. Der Vorwurf, daß die Regierung wie hypnotisiert nur auf die Kredite als das einzige Hilfsmittel blide, besteht noch immer. Nach wie vor mangelt es der Regierung an einem klaren Programm zur Beseitigung unserer Finanznot. Der Kredit von 5 Millionen Pfund sei nur ein Teil dessen, was unsere Staatswirtschaft brauchen werde. Die Einstellung unserer Finanzpolitik auf die Kredite bildet auch eine wirksame Unterstützung der Valutaspekulation. Unsere Öffentlichkeit muß nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die Sanierung unserer Volkswirtschaft ein mühsames Werk von sehr langer Dauer sein wird. Die Kredite können nur ein Hilfsmittel der Sanierung sein, niemals aber ein Kardinalmittel. — Es wurde dann beschlossen, der Regierung ein Budgetprovisorium bis Ende des Jahres zu bewilligen.

Der österreichische Parteitag.

Wien, 13. September. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“.) Der Parteitag der Sozialdemokratie in Deutschösterreich wird für Samstag, den 20. Oktober und die folgenden Tage nach Graz einberufen. Auf der Tagesordnung stehen außer den Berichten folgende Punkte: 1. Die Weltlage des Sozialismus und unsere nächsten Aufgaben, 2. die wirtschaftliche Lage und die Finanzpolitik der Republik, 3. die internationale Arbeitgemeinschaft sozialistischer Parteien.

Der Freiheitskampf der Iren.

Zwei wichtige Dokumente liegen vor: Die Note Lloyd Georges an de Valera und ein Telegramm der englischen Gewerkschaften an den Premier nebst dessen Antwort. Beide zeigen, daß es diesmal ums Ganze geht, und daß jener Zeitpunkt gekommen ist, wo der Versuch schwächlicher Kompromisse eine gewaltsame Entladung zeitigen kann.

In der Antwort Englands auf den Brief de Valeras vom 30. August, der die britischen Vorschläge ablehnt, heißt es: England kann nicht als praktische Grundlage einer Konferenz die Anwendung des Grundgesetzes „Regierung mit Zustimmung der Regierten“ annehmen, welche England allen Forderungen ausliefern würde, die die Sinnfeiner unterbreiten könnten, bis zu dem Grade, daß sie eine die Krone verwerfende Republik errichten würden. De Valera muß sich darüber klar sein, daß eine Konferenz auf solcher Grundlage unmöglich ist. Sie würde den Bau jedes demokratischen Regimes untergraben und die Zivilisation wieder zurückwerfen in die Zeit der Stämmeherrschaft. Die Regierung kann nicht glauben, daß die Iren auf der Zurückweisung ihrer Vorschläge ohne Prüfung in einer Konferenz bestehen würden. Wenn sie ablehnen, ein Abkommen zu erörtern, das Irland volle Freiheit der nationalen Entwicklung innerhalb des Imperiums gibt, so kann das nur bedeuten, daß die Iren ihre Ergebenheit gegen die Krone und ihre Mitgliedschaft im britischen Reich verneinen. Wenn ein solcher Schluß aus ihrem Verhalten gezogen werden kann, so kann durch eine weitere Erörterung kein nützlicher Zweck erreicht werden. Wenn sich das Kabinett in dieser Schlussfolgerung täuscht, und der irische Vorwurf gegen die britischen Vorschläge dahin geht, daß die Regierung Irland weniger bietet als die von der Regierung gekennzeichnete Freiheit, so kann die Konferenz diese Vorwürfe prüfen. Die Regierung verlangt eine endgültige Antwort, ob die Iren

bereit sind, in eine Besprechung einzutreten, um darüber klar zu werden, wie die Vereinigung Irlands mit dem britischen Imperium am besten mit den nationalistischen Aspirationen in Einklang gebracht werden kann. Die Note schlägt darum vor, daß die Konferenz am 20. September in Inverness zusammenzutreten soll.

Der englische Gewerkschaftskongress, der gegenwärtig in Cardiff tagt, hatte an Lloyd George ein Telegramm gerichtet, in dem er darauf hinwies, daß das englische Volk einen neuen Feldzug gegen die Sinnfeiner niemals gutheißen würde und daß sich die Arbeiterbewegung einem solchen Kriege aus heftigster Widerlegen werde. Darauf hat Lloyd George geantwortet, niemand widersehe sich mehr dem Blutvergießen als die englische Regierung und am meisten dem brudermörderischen Kriege zwischen den Bürgern desselben Reiches. Jedoch das Zeugnis der größten demokratischen Staatsmänner in der Geschichte bestärke ihn in dem Glauben, daß selbst Blutvergießen immer noch besser sei als das Auseinanderreißen eines lebendigen politischen Organismus, dessen Stärke und Einheit wesentlich sei für die Freiheit der Welt.

Von unserer Papierindustrie und ihrer Arbeiterschaft.

Wie zu Beginn dieses Jahres fast alle Industriezweige in eine schwere Abwärtsreise gerieten, blieb auch die Papierindustrie hiervon nicht verschont. Abgesehen von den Einflüssen, welche die Weltmarktlage, die Absatz- und Preisgestaltung auf dem Weltmarkt auf unsere Papierindustrie ausübten, wurde die Krise in der Papierindustrie unmittelbar ausgelöst durch die im Jänner dieses Jahres unter dem Druck der Zeitungsverleger erfolgte Preiserhöhung für Notationsdruckpapier. Dieser Preiserhöhung folgte naturgemäß eine völlige Stokung der Nachfrage in anderen Papierarten, da der Konsument sich ganz richtig sagen mußte, daß wenn das Zeitungspapier billiger wurde, auch andere Sorten im Preise sinken müßten. Es kann nicht verhehlt werden, daß im Vorjahre die ganze Papierindustrie ein vortrefflich verstandenes, unsere Isolierung vom Auslande zu einer gewaltigen stetig fortschreitenden Erhöhung der Papierpreise auszunutzen und es kann deshalb gar nicht verwundern, wenn heute der Konsument, der sich bisher von der Papierindustrie widerspruchslos distanzieren lassen mußte, in der Erteilung von Aufträgen mehr als sparsam und vorsichtig ist. Die Situation hat sich für die großen Papierindustriellen gewaltig geändert. Während sie vor wenigen Monaten noch die Preise diktiert er konnten, erleben sie es heute, daß die Preiserhöhung fortgeschritten, besonders deswegen, weil ihre eigene Nervosität dazu führte, daß eine Firma die andere im Preise unterbot, um eben nur Aufträge zu erhalten.

Die Papierindustriellen sind genau dieselben Rabbitschläger wie die aller anderen Branchen. Es kann uns daher gar nicht verwundern, wenn sie den Eintritt der Krise sofort bemühen, um ihrer Arbeiterschaft beizustehen zu machen, daß sich die Machtverhältnisse zu ihren Gunsten geändert haben. Die einzelnen Fabriken begannen mit Kurzarbeit, einzelne Betriebe wurden ganz eingestellt und der Trieb der Industriellen ging dahin, unbefristet Arbeiter entlassen zu können. Hier griff die Organisation der Papierarbeiter ein und setzte auf Grund des bestehenden Kollektivvertrages durch, daß bei Kurzarbeit die Arbeiter eine Entschädigung für den Lohnentgang und bei allerfalls nicht zu vermeidenden Entlassungen, welche erst dann erfolgen könnten, wenn die Bedingungen über Betriebsbeschränkungen erfüllt worden sind, der Arbeiterschaft eine Entschädigung gezahlt werden muß. Durch diese getroffene Vereinbarung war es möglich gewesen, trotz der immer heftiger auftretenden Krise die Arbeitlosen in der Papierindustrie auf eine verhältnismäßig geringe Zahl einzudämmen. Aber da kam am 15. Juni der Ablauf des Kollektivvertrages und die Unternehmer hüteten sich, dessen Erneuerung zu bereiten, ja die mehrfach von den Organisationen der Arbeiterschaft schon im Mai geforderten Verhandlungen wurden von der Arbeitgeberorganisation der Papierindustrie direkt sabotiert. Der planmäßigen Verschleppung der Verhandlungen konnte erst dann ein Ende bereitet werden, als über Ersehen der Arbeitervertreter das Ministerium für soziale Fürsorge intervenierte. Bis dorthin, das heißt von Mitte Juni bis Mitte Juli lebten sich die Papierindustriellen aus. Es kamen Fälle vor, wo eine Firma erklärte, es sei vertragsloser Zustand, sie anerkenne daher keine Vertrauensleute mehr. Andere Firmen gingen sogar daran, eigenmächtige Lohnkürzungen vorzunehmen. Nur der energischen Haltung der Arbeiterschaft und ihrer Organisation ist es gelungen, ein weiteres Umsichgreifen der reaktionären Anschläge zu verhindern. Die endgültigen Verhandlungen für den Abschluß des Kollektivvertrages wurden am 18. Juli begonnen und am 21. Juli beendet. Es gelang den Kollektivvertrag nach überaus schwierigen Verhandlungen unter annehmbaren Bedingungen für die Arbeiterschaft abzuschließen. Die Unternehmer hatten einen

empfindlichen Lohnabbau und schwere prinzipielle Verschlechterungen des Vertrages für die Arbeiterschaft gefordert. Es ist ihnen nicht gelungen, diese durchzusetzen. Vielmehr wurden die Löhne in derselben Höhe erhalten wie im alten Vertrag und auch die Verschlechterung der prinzipiellen Bestimmungen des Vertrages konnte verhindert werden. Das Manuskript des Vertrages wurde noch am 21. Juli fertiggestellt und vom Sekretär der Arbeitgeberorganisation unterfertigt. Wenn aber die Arbeiterschaft glaubte, damit sei der Vertrag endgültig erledigt gewesen, so befand sie sich in einem Irrtum. Denn schon wenige Tage nach dem Abschluß, nachdem auch die notwendigen Erläuterungen zum Kollektivvertrag vereinbart waren, erklärte die Unternehmerorganisation, der Vertrag sei noch nicht in Rechtskraft, weil der Präsident ihrer Organisation den Vertrag noch nicht unterzeichnet habe. Die Unternehmer gingen mittlerweile daran, ihre alten Absichten zu verewlichen und forderten trotz Vertrag für ganze Industriegebiete einen direkten Lohnabbau. Der abgeschlossene Vertrag wurde sabotiert. Nach vielem Drängen der Arbeitervertreter rückte die Unternehmerorganisation Mitte August mit einer ganz präzisen Forderung auf neuerliche Abänderungen des Kollektivvertrages zum Schaden der Arbeiterschaft heraus. Die Arbeiter nahen sich diesem Bestreben widersehen und, da die Unternehmer von ihrem Verlangen nicht abgehen wollten wurde neuerdings das Ministerium für soziale Fürsorge um Intervention ersucht, damit der Kollektivvertrag endlich zur Erledigung komme. Es kam denn auch am 2. September beim Ministerium zu einer Verhandlung unter Vorsitz eines Regierungsvertreters, wo die Papierindustriellen sich genötigt sahen, zu erklären, daß sie den abgeschlossenen Kollektivvertrag für Papierindustrie als verbindlich anerkennen. Gleichzeitig wurde auch der Vertrag vom Vizepräsidenten der Unternehmerorganisation unterfertigt.

Der harte Kampf um den Vertrag in der Papierindustrie ist ein Beispiel für die schweren Aufgaben der Gewerkschaften in der Zeit der Wirtschaftskrise. Wenn die Unternehmer sich mit derselben Tatkraft, mit welcher sie sich gegen die Arbeiter stellen, gegen die Desorganisation in der Industrie und im Absatz wenden würden, so wäre es möglich, daß auch sie wie in Deutschland, wo die Preise fast niedriger, die Löhne aber bedeutend höher als bei uns sind, ihre Betriebe vollbeschäftigen könnten. Aber der Kampf gegen Erzeugnisse der Arbeiter ist ihnen eben wichtiger.

Kleine Chronik.

Dem die Elemente hassen... Ein heftiger Sturm riß das Kirchendach in Kesselberg (Belgien) herab. Zwei Frauen wurden getötet, zwei Mädchen verletzt. — Havas meldet aus Rom: Ein heftiger Sturm wüthete in der Provinz Sassari. Zahlreiche Brücken sind eingestürzt, viel Vieh ging zugrunde.

Pulver und Blei gegen Verzweifelte. London, 13. September. Nach einer Meldung aus Liverpool versuchten Arbeitslose, gewaltsam in eine Gemäldegalerie einzudringen. Die Polizei feuerte. Dabei wurden verschiedene Personen verwundet; es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Mühtiger Kampf zwischen einer Schiffmannschaft und Zollwächtern. Rom, 13. September. (Fantenpruch.) In New York kam es zwischen der Besatzung des griechischen Dampfers „Alexandro“, die sich der zollamtlichen Untersuchung des Schiffes durch amerikanische Finanzorgane widersetzt, und Zollwächtern zu einem Kampfe, in dessen Verlauf mehrere Personen getötet oder verwundet wurden.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Der Petroleumskandal. Die Frage der Vergebung eines Petroleummonopols an eine amerikanische Gesellschaft wächst sich nachgerade zu einem politischen Skandal aus. Die „Tribuna“, die in erster Linie den Kampf gegen ein Privatmonopol in der Petroleumproduktion und im Petroleumhandel führt, fährt in der Darstellung der unglücklichen Petroleumpolitik der Regierung fort. Sie erzählt: Zur Zeit des magyarischen Einfalles hat die Regierung die heimischen Petroleumraffinerien aufgefördert, um jeden Preis Petroleum und Benzin zu importieren, damit der Bedarf des Militärs gedeckt sei. Daran erwuchsen große Verluste, welche die Regierung zu tragen versprach. Dieses Versprechen aber zögerte die Regierung später einzulösen. Sie hatte ein Interesse daran, daß die entwerteten Vorräte abverkauft werden und ordnete die Einschränkung der Einfuhr an. Diese Anordnung wurde aber von den eigenen Organen der Regierung nicht durchgeführt und große Mengen von Petroleum und Benzin kamen ins Land. So war die Situation, als zu Beginn des Jahres das Ministerium, für öffentliche Arbeiten die Einfuhr von Kohlwasser und Fertigprodukten mit einer Erlage von 1 K per Mg. belegte. Diese Belegung war unverständlich. Der Schutz der heimischen Industrie wird dadurch erzielt, daß die Erlage nur vom Fertigprodukt entrichtet wird, jedoch die heimischen Raffinerien, die die Rohprodukte ohne Erlage der Erlage einführen, dem Auslande gegenüber konkurrenzlos sind.

renzfähig bleiben. Durch die Entziehung der Erlöse auch von den Rohwaren sind jedoch die Petroleumraffinerien geschädigt worden, sie müssen die Produktion einschränken und Arbeiter entlassen.

Der Arbeiterfabrikationsrat der Firma Breitfeld, Danek u. Komp. in Karolinenthal versendet nachstehende Erklärung: Gegen die von der Verwaltung des genannten Unternehmens ausgehenden Kundmachungen vom 9. ds. M., denen zufolge die Arbeitszeit um zwölf Wochenstunden verkürzt werden soll, protestierte die Arbeiterschaft berechtigtermaßen, denn diese Kundmachung war nicht dem Kollektivvertrag gemäß vorher ausgehängt worden. Als die Verwaltung des Unternehmens sah, daß sie einen Fehler begangen hatte, ordnete sie an, daß Samstag gearbeitet werden solle, am Montag jedoch nicht. Montag, den 12. ds. M., trat jedoch die Arbeiterschaft vollzählig zur Arbeit an und verlangte von der Verwaltung des Unternehmens, daß die Maschinen in Gang gebracht werden, damit mit der Arbeit begonnen werden könne. Hierbei wurde angeführt, daß die ganze Angelegenheit den Arbeiterorganisationen und dem Unternehmerverband zur Austragung übergeben werden soll. Der Zentraldirektor des Unternehmens berief den Sekretär des Unternehmerverbandes und der Arbeiterauschusses, die Vertreter der Gewerkschaftsorganisationen, um die strittige Angelegenheit auszufragen. Kaum hatte der Vertreter des Unternehmerverbandes, Ingenieur Erdlicka, die Räumlichkeiten der Zentraldirektion betreten, verkündete er vor einer Gruppe versammelter Arbeiter: „Mit diesen hier werde ich nicht verhandeln!“, wobei er dadurch, daß er eine besondere Bewegung machte und eine herausfordernde Stellung einnahm, die Arbeiter reizte, welche, da sie in diesem Benehmen eine Beleidigung erblickten, den Ingenieur Erdlicka aus der Kanzlei hinausführten. Auf dem Gange vor der Kanzlei und auf dem Fabrikshofe wurde der Ingenieur Erdlicka mit Rücksicht auf seine beleidigenden Äußerungen von der Arbeiterschaft kritisiert, wobei es bei der Aufregung der Arbeiterschaft auch zu schärferen Äußerungen kam, aus welcher Lage er dann durch Einschreiten des Arbeiterauschusses befreit und ihm Schutz gewährt wurde. In derselben Situation und unter wachsender Aufregung wurden aus dem Unternehmen noch ein Arbeiter und ein Verführer hinausgeführt, welche durch ihr Benehmen zu der aufgeregten Stimmung beigetragen hatten. Die Schuld an diesen Begebenheiten trifft hauptsächlich die Direktion des Unternehmens, welche, da sie die Lage kannte, die Möglichkeit hatte, anzuordnen, daß die Arbeit ausgenommen werde und die Schlichtung der Angelegenheit der Beratung der Arbeiterorganisation mit dem Unternehmerverband überlassen werde. Die Erbitterung der Arbeiterschaft hatte ihren Grund auch darin, daß bis vor kurzem in einigen Abteilungen Ueberstunden gemacht wurden und jetzt plötzlich die Arbeitszeit um ganze 12 Stunden wöchentlich verkürzt werden soll; weiteres, weil der Lohnstarif des Kollektivvertrages in drei Metallarbeiterunternehmungen gekündigt und in den anderen Unternehmungen bloß bis Ende Oktober verlängert wurde, was dem Kollektivvertrag widerspricht. Die Arbeiterschaft nimmt mit Recht an, daß in dieser Erstreckung des Lohnstarifs bis Ende Oktober das offenbare Bestreben und Unterneh-

mer erblickt werden muß, den Arbeitern in einer Zeit, wo es die wenigste Arbeit gibt, den Lohn zu entziehen, obwohl die Preise der Lebensbedürfnisse außerordentlich steigen. Alle diese Ursachen bewirkten die Aufregung, welche durch die letzte Vorkehrung der Verwaltung der Danek-Fabrik, die so schwer die Lebensbedingungen aller Angestellten verleierte, aufs Äußerste gesteigert wurde und jene Erstreckungen herbeiführten, an denen die Verwaltung des Unternehmens die Schuld trifft.

Die Glasarbeiter des Böhmerwaldes gegen Rostau. Sonntag, den 11. September 1921 fand in Budweis eine Konferenz der Glasarbeiter des ganzen Böhmerwaldes statt, in welcher über die kommunistische Zerstörungsarbeit verhandelt wurde. Der Vertreter des Verbandsvorstandes Genosse Reumann referierte über die bisherige Haltung des Glasarbeiterverbandes. Er erklärte, daß am allerwenigsten die Glasarbeiter eine Ursache zu Separatkonferenzen gehabt hätten, da der Glasarbeiterverband sich bisher immer neutral verhalten hat. Im Fachblatt wurden keine Artikel gegen die Kommunisten veröffentlicht und trotzdem wurden von den Kommunisten Resolutionen gegen die Schreibweise des Fachblattes eingeschickt. Man kann daraus erkennen, daß überall nach dem Diktate des kommunistischen Gewerkschaftsbüros in Reichenberg gearbeitet werden muß, auch dann, wenn keine Ursache vorhanden ist. Die vom Verbandsvorstand vorgelegte Resolution, daß die Keimzellenbildner aus dem Verbands ausgeschlossen werden sollen, wurde in namentlicher Abstimmung mit 20 gegen 4 Stimmen angenommen. 9 Delegierte entziffelten sich der Abstimmung und erklärten, erst die Mitglieder ihrer Gruppe hierüber entscheiden zu lassen. Durch diese Abstimmung ist wieder eine sichere Hoffnung der Kommunisten zusehender geworden. Sie glaubten eine Mehrheit unter den Glasarbeitern des Böhmerwaldes zu haben, müssen aber durch diese Abstimmung sehen, daß ihre Zerstörungsarbeit bei den Glasarbeitern keinen Anklang findet.

Der Kollektivvertrag bei Stoda abgeschlossen. Wie die „Rova Doba“ meldet, ist nach langwierigen Verhandlungen der Kollektivvertrag in den Stodawerken abgeschlossen worden. Die bisher gezahlten Löhne gelten weiter bis zum 31. Dezember 1921. Der Urlaub wird von sechs auf acht Tage verlängert, Weihnachten erhalten die Arbeiter einen Wochenlohn als Ausnahme. Zur Entscheidung über aus dem Verträge hervorgehenden Streitigkeiten wird eine Paritätskommission eingesetzt.

Große Streiks in Frankreich. Paris, 13. September. (Gavas). Der Minister für öffentliche Arbeiten empfing die Vertreter der Piller Textilarbeiter-Syndikate, welche die Erklärung abgaben, es sei ihnen nicht möglich, dem Beschlusse betreffend die Lohnherabsetzungen, beizutreten. Der Minister ersuchte die Delegierten, mit Vertretern der Unternehmer zu einer Konferenz zusammenzutreten. Eine zweite Meldung aus dem Streikgebiet selbst besagt: Nach der in der Textilindustrie erfolgten Lohnherabsetzung wurde in zahlreichen Fabriken die Arbeit eingestellt. Da zwischen Unternehmern und Arbeitern keine Vereinbarung erzielt wurde, wurde heute der Generalkstreik erklärt. In Roubaix streikten die Metallarbeiter, die Stadlangestellten und die Bäder. Es arbeiten weiter die Arbeiter des Elektrizitäts- und des Gaswerkes und die Angestellten der elektrischen Straßenbahn. In Tourcoing streikten die Bäder und die Metallarbeiter. Die übrigen Arbeiter arbeiten. In Watrelas ist der Streit

ein allgemeiner. Die Pariser Morgenblätter melden, ist der Generalkstreik in der Gegend von Lille ziemlich allgemein zur Durchführung gekommen. Die Zahl der Streikenden wird auf 75.000 geschätzt. Auch die Straßenbahn haben im Laufe des gestrigen Tages die Arbeit eingestellt. Es wurden zahlreiche Versammlungen abgehalten, die ruhig verliefen. Der Arbeitsminister hat gestern Vertreter der industriellen Verbände empfangen, wobei die Industriellen dem Minister die wirtschaftliche Lage auseinandersetzen, die es ihnen nicht erlaubt, die Lohnherabsetzung von 20 Centimes wieder rückgängig zu machen. Die Unterredung hatte also keinerlei Ergebnis. Der Minister hat für morgen Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu sich geladen, um nochmals einen Ausgleichversuch zu unternehmen. Das Streikkomitee hat im Laufe des gestrigen Tages den Arbeitern bestimmter, besonders lebenswichtiger Betriebe die Wiederaufnahme der Arbeiter gestattet.

Der Wert der Krone. Es kosten: 100 holländ. Gulden 2639, 100 Mark 78, 100 schweiz. Francs 1431½, 100 schwed. Kronen 1781½, 100 Lire 253, 100 franz. Francs 591½, 1 Pfund Sterling 310½, 1 Dollar 83½, 100 belg. Francs 587½, 100 Pesos 1086½, 100 Dinar 125½, 100 Lei 66½, 100 österr. Kronen 6.15, 100 poln. Mark 2.17½, 100 ung. Kronen 17.40.

Ans der Partei.

Ueber die Tätigkeit der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlament berichtete Abgeordneter Genosse Hillebrand am 11. d. M. der Bezirkskonferenz in Reudel, die außerordentlich stark besucht war und den Bericht mit einmütiger Zustimmung zur Kenntnis nahm. Vorher bereits hat Genosse Hillebrand in stark besuchten Versammlungen in Luditz und Wildstein den gleichen Bericht erstattet, der bedauert und mit großem Beifall aufgenommen wurde.

Bezirkskonferenz in Bodenbach. Unter dem Vorsteher des Genossen Kögler tagte am 11. September in der Volkshalle in Bodenbach die diesjährige Bezirkskonferenz unter starker Beteiligung der Organisationen. Referate erstatteten die Genossen Arnberg, Abg. Genosse Cermak, der über die politische Lage referierte und Abg. Genosse Schwaiger, der einen parlamentarischen Bericht erstattete. Wir veröffentlichen die Ausführungen des Genossen Cermak an anderer Stelle. Die Bezirksorganisation Bodenbach hat trotz der kommunistischen Absplittierungen ihre Mitgliederzahl gegenüber dem Vorjahre noch erhöht. Diese beträgt 4610 männliche, 1985 weibliche Mitglieder in 37 Lokalorganisationen. Der Kassabereich weist 134.623 K 90 h, Einnahmen und 119.183 K 39 h Ausgaben aus. Hervorzuheben ist aus dem Berichte, daß im ganzen Bezirke Teilschen durch den Einfluß der Sozialdemokraten die Schulärzte in allen Gemeinde eingeführt wurden, denen noch Schulküsterinnen zur Seite stehen. — Besonders erfreulich ist natürlich auch, daß in diesem industriell so hoch entwickelten Bezirke, in dem der diesjährige Parteitag stattfinden wird, die kommunistische Bewegung keinerlei Bedeutung erlangt, trotzdem die deutsche Abteilung zwei Sekretäre bezahlt.

Kreis-Konferenz in Warnsdorf. Sonntag fand in Warnsdorf die diesjährige ordentliche Kreis-Konferenz statt, die vom Kreisvertrauensmann Genossen Reyzl eröffnet wurde. Als Vertreter des Parteivorstandes nahm Genosse Kremser an den Verhandlungen teil. Nachdem zum Vorsitzenden Genosse Goth-Warnsdorf gewählt worden war,

erstattete der Kreisvertrauensmann seinen Bericht, aus dem hervorgeht, daß die Bewegung im Kreise seit der Parteispaltung wieder einen bedeutenden Aufschwung genommen hat. Den Kassabericht erstattete Gen. Günther, über die Parteidruckerei referierte Genosse Reyzl, für die Kontrolle sprach Genosse Fischer-Leichstatt. Ferner wurden noch Referate erstattet vom Genossen Goth über den Ausbau der Presse und vom Genossen Kremser über Organisation und Bildungsarbeit. Zum Kreisvertrauensmann wurde abermals Genosse Reyzl gewählt. In die Konferenz, die den Kreisgebiet vorwärts geht, schloß sich eine Besichtigung der neuen Parteidruckerei durch die Delegierten.

Kreis-Konferenz Ries Sonntag, den 30. und Montag, den 31. Oktober in Tachau.

Bezirkskonferenz Ballein Sonntag, den 18. September.

Kunst und Wissen.

Neues Deutsches Theater. Heute Mittwoch Gastspiel Suzanne Jicha-Böhl „Der Rosenkavalier“. Dirigent Zemlinsky. Morgen Donnerstag Hauptmanns Volksdrama „Die Weber“. Freitag Mozarts „Così fan tutte“. Sonntag nachmittags „Bohème“, Gastspiel Kubla.

Turnen und Sport.

Ein Kreis-Spiel- und Sporttag im 5. Kreise. Auf Drängen der Bezirks-Spielleitungen hat sich die Kreisleitung des 5. Kreises im Verein mit der Kreis-Spielleitung veranlaßt gesehen, am 25. September d. J. in Duz einen Kreis-Spiel- und Sporttag abzuhalten, aus dem unsere heurigen Kreismeister hervorgehen sollen. Die Veranstaltung umfaßt an Spielen für Turner: Schlagball, Faustball, Fußball, für Turnerinnen: Faustball und Ball über die Schnur. Außerdem werden einige leichtathletische Disziplinen ausgetragen, die für Turner Hochsprung, Weisprung, Diskus, 100-Meter-Lauf, Speerwurf und Stabhoch, für Turnerinnen 75-Meter-Lauf, Hochsprung und 5-Kilogramm-Kugelstoßen umfassen. Da es auch im leichtathletischen Wettkampfe um den Besten im Kreise geht, werden die Vereine ersucht, wirklich nur solche Wettkämpfer zu senden, die schon über ein gewisses Können verfügen. Die Teilnahme ist nur an einer Übungsart gestattet. Teilnehmer haben sofort bei Genossen Franz Erd, Beamter in Postomitz a. B., Name, Verein und Übungsart bis zum 24. ds. zu melden. Der Wettkampf beginnt Sonntag, den 25. um 8 Uhr früh. Ab 10 Uhr beginnen die Vorunden für die Spiele und es beteiligen sich da nur diejenigen Mannschaften, die durch die Serienspiele die Besten wurden. Es sind dies bei den Turnern im Faustball Lerchensfeld, Görkau, Saag und Bodenbach, im Schlagball Lerchensfeld und Kroschwitz. Der 2. und 4. Bezirk hat noch je eine Faustballmannschaft zu bestimmen, die bei dem Bezirksturnfest die Beste war. Desgleichen der 2. Bezirk im Schlagball. Im Fußball werden die Vorunden schon jetzt in den Bezirken ausgespielt, sodas nur der Entscheidungskampf am 25. stattfindet. Die Entscheidungskämpfe sind nachmittags. Für die Spiele der Turnerinnen gilt dasselbe; hier hat der Bezirk die beste Mannschaft zu bestimmen. Jeder Verein, der sich an irgend einer Konkurrenz beteiligt, ist verpflichtet, zwei Schiedsrichter zu stellen. Die Veranstaltung wird bei jeder Witterung durchgeführt.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

Gastwirtschaft „Lidový dům“ der Genossenschaft „Ganymed“ Prag II., Hybernská 7. Genossen unterstützen das genossensch. Unternehmen! Vorzüglicher Mittagstisch, Abendessen und Getränke, Trinkgelder aufgehoben!

Büro- und Geschäfts-Einrichtungen amerik. Roll-Flachpulte, Registraturen, Kassen, Regale, Verkaufspulte, Gasthausmöbel etc. offeriert den p. t. Gewerkschaften und Genossenschaften zu Vorzugspreisen 2. A. Kominik, Prag II., Renoluční 6. Telefon 8514-VIII.

Spezialhaus für Spitzen, Stickerei, Tulle Vorhänge A. R. Rmschelberg Prag, ulice 28. řýna 1.

Bei der Egerländer Bruderlade in Falkenau a. E. wird infolge Einrückens eines Beamten eine Aushilfskraft 62 aufgenommen. Bewerber um diese Stelle müssen buchhalterische Kenntnisse besitzen, flotte Stenographen sowie der deutschen und tschechischen Sprache in Wort und Schrift vollkommen mächtig sein. Gesuche sind a. d. Verw. d. Egerländer Bruderlade in Falkenau a. E. zu richten.

Gegen Ratenzahlung verkauft Herren-, Knaben- u. Kinder-Anzüge, Herren- u. Damen-Mäntel Jul. Werner, Teplitz-Schönau, 8 Badegasse beim Kurgarten.

Konsumvereine führt nur Libaner Presshefe Zentrale: Prag, Rybná ulice 13. Fabrik: Liban.

BÜRSTEN, Anstreich- u. Rasierpinsel in erstkl. Ausführung nach Nürnberg. Art. lief. direkt an Konsumvereine und Gewerkschaften S. ADLER, 6 Bürsten-, Pinsel- u. Holzwarenfabrik Ges. m. b. H. Markt Eisenstein, Böhmerwald.

Bücher und Broschüren aller Art liefert zu den günstigsten Bedingungen 16 Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad.

CAFÉ ELEKTRA WEINBERGE, vis-à-vis dem Museum, neben dem Deutschen Theater. TREFFPUNKT DER GENOSSEN. Telefon 4854. 9

Für die Verwaltung des „Sozialdemokrat“ wird für Prag ein tüchtiger Inseratenvertreter gegen Fixum und Provision gesucht. Zuschriften nur von seriösen Bewerbern an die Verwaltung erbeten.

Esperantoverein „verda stelo“ Prag II., Štepanská 40/II.

Esperanto-Kurse Vorbesprechung heute 8 Uhr abends Kleiner Uraniasaal, Smečkagasse. 70

Schreibmaschinen Bureaubedarf GIBIAN & CO., PRAG II., Lucerna SMITH BROS. Vervielfältiger 17 Telefon 9823. Lieferanten d. Grosseinkaufsgesellsch. für Konsumvereine, Prag.

Vor neuen Kämpfen.

Eine Rede des Genossen Abg. Cermak.

Auf der Bezirkskonferenz in Bodenbach hielt Genosse Cermak eine interessante Rede, aus der wir die wichtigsten Stellen nachfolgend bringen:

Wenn wir vor Monaten unserer Ueberzeugung dahin Ausdruck gaben, daß die Bedingungen für die unmittelbare Ausrufung der sozialistischen Wirtschaftsordnung noch nicht vorhanden sind, wurden wir von den Kommunisten als Gegner der sozialen Revolution beschimpft. In Wahrheit haben wir nur ausgesprochen, was wir gesehen haben. Wir sind vor dem Phrasenebel kommunistischer Agitation nicht zurückgewichen. Die derzeitige wirtschaftliche Situation ist für uns nichts Neues. In der Bewußtheit breiter Arbeiterschichten war aber die Erkenntnis über die tatsächlichen Machtverhältnisse nicht eingedrungen. Auf diesen Umstand war die kommunistische Agitation aufgebaut. Die Wirklichkeit muß zur Grundlage unserer Erkenntnis dienen. Nicht der revolutionäre Wille des Proletariats allein darf für seine Politik entscheidend sein. Unser Wille muß gepaart sein mit dem Verständnis für die Bedingungen des Klassenkampfes. Nur dann werden wir auf dem Wege zum Sozialismus vorwärts schreiten.

Nach dem Weltkrieg haben wir eine erschütterte, aber doch noch bestehende kapitalistische Wirtschaftsordnung vorgefunden. Der Krieg wurde damit beendet, daß die herrschenden Klassen der mächtigsten kapitalistischen Staaten, Amerikas, Englands, Frankreichs, nicht zermürbt, sondern stärker denn je aus ihm hervorgingen.

Der Krieg hat durchaus nicht mit dem Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaftsordnung geendet, vor allem nicht in den Siegerstaaten. In Deutschland, Oesterreich, auf dem Balkan und jenen Staaten, die besiegelt wurden, aber auch dort, wo Völker ihre nationale Freiheit erlangten, wurden nur die alten politischen Systeme beseitigt. Mehr als in den Siegerstaaten ist die kapitalistische Ordnung in den besiegten Staaten erschüttert. Aber trotz des Krieges leben wir wieder in der Zeit der Weltwirtschaft. Staaten und Völker sind auf die Verbindung und die Zusammenhänge untereinander angewiesen. Darin liegt eine wesentliche Ursache dafür, daß der Wiederaufbau des Kapitalismus möglich wurde. Die kapitalistischen Klassen im besiegten Mitteleuropa haben keine stärkeren Bundesgenossen als die kapitalistischen Klassen der siegreichen Entente. Daß nicht sozialisiert, die soziale Gesetzgebung verlangsamt wird, daß selbst Rußland gezwungen wurde, dem Kapitalismus Konzessionen zu machen, beweist die Stärke der kapitalistischen Klassen, vor allem in den Siegerstaaten und ihren Einfluß auf die kapitalistischen Klassen Mitteleuropas. Die Methode des Volkshetwismus ist in Rußland gescheitert. Damit ist aber nicht der Sozialismus gescheitert. Wir sind nun die Einzigen, die in der Arbeiterschaft den Glauben an den Sozialismus aufrecht erhalten können, weil wir den Irrtum des Volkshetwismus nicht mitgemacht haben. Auf dem Boden dieses Staates fällt uns die Aufgabe zu, das Vertrauen der Arbeiterschaft zum Sozialismus zu verankern. Nach einer Darstellung der ökonomischen Verhältnisse in Rußland, in dem die landbesitzenden Bauern sich auch zur ausschlaggebenden politischen Macht entwickeln, kommt Genosse Cermak zu dem Schluß, daß sich Rußland auf dem Wege der Entwicklung zu einer demokratischen Bauernrepublik befindet. Das ist die einzige glückliche Lösung aus dem bolschewistischen Abenteuer. Eine gewaltsame Liquidierung des Volkshetwismus wäre ein Unglück für den Sozialismus und würde uns in Mitleidenhaftigkeit ziehen.

Gestützt auf die wirtschaftliche Macht ist nun in Europa die Reaktion erwacht, werden die konterrevolutionären Mächte lebendig. Die niedertüchtigen Reaktionen, die sich im Oktober 1918 verkriechen mußten, kommen jetzt wieder hervor und erfahren durch das Anwachsen des Nationalismus neue Stärkung. Die Arbeiterklasse in Deutschland kämpft einen schweren Krieg gegen die Reaktion. Der Druck der reaktionären Kräfte ist dort so groß, daß sich die Mehrheitssozialisten und die Unabhängigen wieder in einer Aktionsgemeinschaft vereinigt haben. Der Kampf ist in erster Linie gegen Bayern gerichtet, in dem, begünstigt durch das Experiment einer Rätereipublik, die Reaktion ungeheuer erstarkt ist. Die Stärkung der Reaktion darf aber kein Anlaß sein, den Mut sinken zu lassen. Unter dem Druck der Gegner werden auch die Arbeiter zu einer stärkeren Macht zusammengepreßt, um so auf dem Wege zum Sozialismus in neuen Formen weiterzuschreiten.

Zur Stärkung der Reaktion trägt in allen Staaten die stete Beunruhigung durch den na-

tionalen Streit der Völker bei, der durch die Fehler, Verbrechen und Dummheiten, die in den Pariser Friedensverträgen stecken, neue Nahrung gefunden hat. Deutschösterreich wird von den Gorst-Banden wegen des Burgenlandes schwer beunruhigt. Wenn diese Probleme auch gelöst sein werden, wird sich zeigen, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages undurchführbar sind. Entweder die Friedensverträge werden abgeändert, revidiert, oder Europa versinkt in ein Chaos.

Von dieser Perspektive aus beleuchtet Genosse Cermak die Verhältnisse in der Tschechoslowakei. Gegenüber anderen öffentlichen Staaten befindet sich die Tschechoslowakei in verhältnismäßig konsolidierten Wirtschaftsverhältnissen. Aber in diesem Staate können die Arbeiter nicht zur Entfaltung ihrer Macht kommen, weil er falsch aufgebaut ist und ihm der Wechselbalg der nationalen Konflikte in die Wiege gelegt wurde. Solange der staatliche Aufbau nicht dem Willen der Völker entspricht, werden wir es mit einer ständigen Staats-, Parlamentis- und Regierungskrise zu tun haben. Wir stehen vor einer neuen Regierung, die das Produkt der Parlamentsarbeit des vergangenen Sommers ist. Das Programm der Regierung ist die Erhaltung des Staates in der heutigen Form, Verhinderung aller grundlegenden Änderungen, die Fortführung und Aufrechterhaltung der Fiktion des nationalen Staates. Das heißt aber nichts anderes, als die Fortführung der bisherigen Verhältnisse. Für uns ergibt sich daraus, daß wir im Herbst mit erneuter Kraft unsere schweren politischen Kämpfe weiterführen müssen, in Massenaktionen und in Parlamente. Die Macht, die wir bei den letzten Wahlen erreichten, wirkt dort fast mechanisch weiter. Jedes Gesetz, das zustande kommt, ist der Ausdruck der politischen Machtverhältnisse. Wir brauchen nach neuen neuen Kampfmitteln zu suchen, denn, wenn wir die erprobten Mittel nicht anwenden, so werden wir mit denselben Mitteln von unseren bürgerlichen Gegnern geschlagen werden. Unsere Aufgabe wird es sein, kräftig und tapfer zuzuschlagen, wenn sich der Gegner anschicken sollte, Front gegen die Sozialdemokratie zu machen. Wenn die Gelben und die Deutschbürgerlichen vermerken, daß ihre Zeit gekommen ist, so müssen wir ihnen diesen Irrtum tüchtig austreiben.

Helfet dem russischen Volke.

Bekämpfet die Reaktion.

Die Zentralgewerkschaftskommission des deutschen Gewerkschaftsbundes in der Tschechoslowakei versendet einen Aufruf an ihre Mitglieder, in welchem sie das Treiben der europäischen Reaktion, vor allem in Deutschland aufzeigt und das Proletariat zur Kampfbereitschaft und Hilfsfreudigkeit für das leidende russische Volk aufruft. In dem Aufrufe heißt es u. a.:

„Die Gefahr besteht, daß die Hilfe für das hungernde russische und georgische Volk in den von der Misere betroffenen Gebieten von den Feinden der russischen Revolution in Rußland selbst wie in Westeuropa zu Machenschaften benutzt wird um die Sowjetregierung zu stürzen. Der Sturz der Sowjetregierung wäre nur das Signal zum Entscheidungskampf der Gegenrevolution.“

Zu hunderttausenden sterben die Kinder in Rußland, Millionen erwarten das gleiche Schicksal, wenn nicht rasch, ohne verdeckte Absichten, geholfen wird. Der nach Rußland entsandte Vertreter des roten Kreuzes, Nansen, bestätigt die Nachrichten von den furchtbaren Zuständen in den Hungergebieten. Soll diese unbeschreibliche Not zu gegenrevolutionären Intrigen mißbraucht werden?

An alle mitfühlenden Menschen in Europa wenden sich die Führer des russischen Volkes. Aber niemanden geht die Not in Rußland mehr an, niemand wird bereitwilliger geben als die Arbeiter, ohne Unterschied der politischen Richtung! Die Einheit des Proletariats erweist sich als eine lebendige Kraft, sobald eine Katastrophe wie die Hungersnot die proletarische Solidarität wach ruft, sobald Blutdaten wie die Morde in Deutschland die Gefahr der Reaktion und den Wahnsinn des Brüderkampfes grell beleuchten.

Die Hilfsaktion für Rußland muß zu einer machtvollen Kundgebung des ganzen Proletariats werden — eine Warnung an seine Feinde. Mit selbstlosem Opfermut als je müssen die Arbeiter die Sammlung der Gewerkschaften unterstützen, mit denen der Internationale Gewerkschaftsbund den bedrängten Genossen in Rußland und Georgien Hilfe bringen will. Kameraden! Bewahrt eure proletarische Treue. Bekämpfet die Reaktion! Helft dem russischen Volk!

Beiträge zum russischen Hilfsfonds, erlegt bei der Allgemeinen Genossenschaftsbank in der Woche vom 2. bis 7. September.

(Vierter Ausweis.)

Gewerkschaft der Tabakarbeiterinnen und Arbeiter d. tschl. Rep. Sternberg, Ortsgruppe Tschau 300.—, Beamte der Bezirkskrankenkasse in Brandeis a. G. 300.—, Frau Trtal., Zigelei-

arbeiter, Cernon 80.—, Arbeiter der Fa. Novak u. Jahn, Prag VII 951.—, Gewerkschaft der Tabakarbeiterinnen und Arbeiter, Sternberg, Ortsgruppe St. Joachimstal 288.—, Bergarbeiterunion (deutsch) in Turn-Teplic 93.917.69, Arbeiterturnverein, Olmütz-Schwallowitz 50.—, Bezirkssekretariat der deutschen soz.-dem. Arbeiterpartei in Reuditz 1000.—, Zentralverband der Arbeiterschaft verschiedener Gewerbe und Industrien, Ortsgruppe Jaromer 90.—, Arbeiter der Fa. S. Helman, Prag VII 185.—, Arbeiter der Fa. Johann Prolopec, Weinberge 799.—, Klub der soz.-dem. Senatoren, Prag 1000.—, Gen. Stanica, Unter-Mecholup 77.—, Jos. Svrucel, Zlota, P. Liban bei Königgrätz 85.40, für die soz.-dem. pol. Organisation Jos. Rejcar, Königgrätz 549.—, Gewerkschaft der Tabakarbeiterinnen und Arbeiter Sternberg, Ortsgr. St. Joachimstal 208.—, Pol. soz.-dem. Organ. Groß-Lochowitz bei Rohon 27.—, soz.-dem. pol. Org. Pranis 225.—, Jos. Lingueier für die soz.-dem. Org. in Eisenstr., Reuern 114.—, Brief für die Bezirksorg. der Kleinbauern und Häusler, Reuern 100.—, Ortsgruppe der soz.-dem. org. Tabakarbeiterchaft Jglau 540.—, A. Reich, Tabakfabrik Landstron 1512.—, Lanber, Maschinfabrik Preshburg, Reustadt 351.—, Arbeiter der Fa. Danek, Karolinenthal 7158.—, Arbeiter der Fa. Waldes u. Co., Wrschowitz 3228.18, Klub der deutschen soz.-dem. Abgeordneten Prag 8400.—, Gruppe der Metallarbeiter in Turci, St. Martin 311.—, Angestellte der Fa. Svitof, Karolinenthal 144.40, Arbeiter der Fa. Soloun, Prag VII 321.40, Klub der tschl. sozialistischen Abgeordneten Prag 7500.—, Verbandsgemeinschaft der chem. Fabrikarbeiter Luzec a. d. Moldau 954.30, Jos. Jordan, Pshery 50.—, Org. der tschechischen Sozialisten Prager Vorstadt, Königgrätz 100.—, Beamte und Angestellte der Krankenpflege Karolinenthal 300.—, Nat. Roboim, Liza Nr. 308 72.—, Stepanek, Vertrauensmann der soz.-dem. pol. Org. Benan-Bohatschowitz 53.—, Jsch. Aronow. Im ganzen 150.365.87, Rest von der vorigen Woche 165.035.37, im ganzen 321.449.84 tschl. Kronen.

Noch einmal der Chodauer Mord.

Das Treiben der kommunistischen Presse zwingt uns, uns noch einmal mit der Chodauer Mordtat zu beschäftigen, denn wenn sie in den ersten Tagen nach Aufdeckung der Mordtat und, da sich herausgestellt hatte, daß hervorragende kommunistische Vertrauensleute an ihr mitbeteiligt sind, die Sprache verloren zu haben schien, so gebärdet sie sich nun umso dreister und möchte auch noch — ein Gipfel der Unverschämtheit — die Sache zur Hege gegen die Sozialdemokratie ausschalten. Natürlich geht der Reichenberger „Vorwärts“ darin allen anderen kommunistischen Zeitungen voran. Er ließ in der Druckerei die allergrößten und allerstettesten Leitern herausheben und stürzte sich nun feindlich auf die Sozialdemokratie: „Die Sozialdemokratie mit der tschechischen Konterrevolution im Bündel!“. „Wollt die Sozialdemokratie die Konterrevolution aufspüren?“ Mit ausgesuchten Schimpfereien ließlich gemeint geht es so in angenehmer Folge weiter. Daß die sozialdemokratischen Zeitungen auch der Verleumdung bezichtigt werden, wird bei dem bestimmungslos schreienden und lobenden Blatt nicht weiter befremden. Es macht sich die Sache allerdings spielend leicht. Zur Zeit, als die Behörden den kommunistischen Sekretär Trnubsky und den an der Mordtat unmittelbar beteiligten Müller noch suchte, hielt es in allen Variationen darüber, daß Trnubsky und Müller flüchtig seien. Das ist eine Verleumdung, schreit der „Vorwärts“, denn: „Der Trnubsky ist weder auf der Flucht, noch wurde er verhaftet, wie das Pressefeuilleton schreibt, sondern er hat sich in Reichenberg freiwillig gestellt und wurde dem Kreisgericht eingeliefert.“ Wo da die „Verleumdung“ sein soll, wird nicht einmal der, wie wir übrigens anerkennen, wirklich in schwerster Verlegenheit befindliche „Vorwärts“ zu sagen vermögen. Nach diesem Rezept ist die ganze setze Aufmachung des „Vorwärts“ gestaltet. Er selbst muß bekennen: „Das, was bis jetzt über den Chodauer Vorfall veröffentlicht wurde, beweist, daß tatsächlich einige verbrecherische Naturen, denen es gelungen ist, sich in die kommunistische Partei hineinzuquetschen, in diese Affäre verwickelt sind.“ Was anderes haben wir geschrieben, als was der „Vorwärts“ nun selbst zugeben muß? Auch wir haben nur behauptet, daß die kommunistischen Verbrechernaturen als Sekretäre in Verwendung genommen haben. Daß die kommunistische Partei die Mordtat begangen oder für sie unmittelbar verantwortlich gemacht werden kann, haben wir selbstverständlich nicht behauptet. Allerdings haben wir uns erlaubt, an die Verleumdung des „Vorwärts“, diese Verbrechernaturen nunmehr glatt abzuschütteln, einige ihm sehr zynische Bemerkungen zu knüpfen, denn wir meinen nun einmal, daß eine Partei, die täglich die Terrorisimus predigt, ebenso allerlei Verbrechen als Gewalttätigkeiten an den u. h. In diesem Sinne werden wir auch in Zukunft nicht ermangeln, die Arbeiterschaft vor einer Partei, in der sich die entlarbten Vertrauensmänner nur so häufen, ausgiebig zu warnen. Wenn der „Vorwärts“, oder richtiger die Reichsregulativ der kommunistischen Partei, welche das Geschrei verantwortlich zeichnet, die Tatsache, daß wir die Mordtat nicht mit ehrsüchtigen Schweigen hingenommen haben, als einen Beweis dafür ansehen will, daß die

Kommunisten die sozialdemokratische Partei, wie „sie es nie wußten“, in einem „hohen Grade zermürbt“ haben, so kann das in dem Augenblick, da die kommunistische Bewegung überall im Verfall begriffen ist, nur frohliche Heiterkeit erwecken. Ebenso heiter muß es stimmen, wenn der „Vorwärts“ zu dem alten, abgebrauchten Trid greift: „Wenn ein Angehöriger der sozialdemokratischen Partei irgendwo in der Welt etwas sagt oder tut, dann ist die sozialdemokratische Partei der ganzen Welt dafür verantwortlich, wenn es sich dagegen um ein Mitglied der kommunistischen Partei handelt, dann geht das die kommunistische Partei gar nichts an, dann ist sie in jedem Falle unschuldig wie ein frischgewaschener Engel und wehe dem, der dessen auch nur Erwähnung tut, er ist ein Konterrevolutionär, ein Weißgardist, ein Sozialverräter, ein Volkszeispiegel. Man kennt die Weise und man kennt den Text. Die kommunistischen Schwänkelein und Verdrehungen werden in der Arbeiterschaft nachgerade so bekannt und verächtlich, daß sie bald jede ausdrückliche Feststellung entbehren werden. Die Dreifigkeit, mit der der „Vorwärts“, beziehungsweise die Parteiexekutive die Mordtat auch noch gegen die sozialdemokratische Partei ausnützen möchte, wird uns nicht gut bekommen und es wäre ihm dabei dringend zu widerraten, in dieser Tonart fortzufahren. Er empfindet wohl selbst die Bedrängnis, in welche seine Partei geraten ist, denn in fastgroßen Lettern verklärt er: „Ain ernstes bürgerliches Blatt beteiligt sich an der gemeinen Hege gegen die kommunistische Partei.“ Auf einmal entdeckt der „Vorwärts“, daß es auch „ernste bürgerliche Blätter“ gibt. Das ist ebenso neu, wie die Drohungen des „Vorwärts“ mit den bürgerlichen Gerichten. Ja, die Herrschaften entdecken sogar, daß es auch ernste und würdige bürgerliche Zeitungen gibt, wenn sie um deren Schonung winseln und sie laufen eifrig zum Kabi, wenn ihnen das Wasser in die Stiefel rinnt. Daß die bürgerliche Presse die Chodauer Mordtat in aller Stille abtut, sie, die jede Verletzung eines sozialdemokratischen Funktionärs im entlegensten Orte mit hämisch-schmmeizendem Behagen breittreibt, war nach dem Wohlwollen, das sie auch sonst den Kommunisten spendet, vorauszusehen. Sie hat aus ihrer geheimen Liebe für die Kommunisten, welche zur Freude der Bourgeoisie die Einheit der Arbeiterbewegung zer schlagen haben, nie ein Hehl gemacht und seit je druckt sie die Schimpereien der kommunistischen Blätter auf die Sozialdemokraten begeistert nach. Die auffallende Schonung, welche die bürgerliche Presse gegenüber den Kommunisten auch diesmal zeigt, wird man sich darum wohl anders auslegen müssen, als es der „Vorwärts“ tut, der nun plötzlich von der „ernsten bürgerlichen Presse“ ganz gerührt ist. Aber es sei nach dem „Vorwärts“ gerne weidlos festgesetzt, daß in der Beurteilung der Chodauer Mordtat die „ernste bürgerliche Presse“ mit dem „Vorwärts“ ein Herz und eine Seele ist

Der Verbandstag der Jugendlichen.

Schlussfassung.

Die Verhandlungen des Verbandstages wurden Montag früh mit der Debatte über den Punkt „Jugendinternationale“ wieder aufgenommen. Es sprachen nur kurz die Genossen Paul und Hochsamm über den Antrag auf Aufschluß an die Internationale Arbeitergemeinschaft sozialistischer Jugendverbände. Der Antrag wurde vom Verbandstag einstimmig angenommen. Dann erhaltete Genosse Hochsamm den Bericht der Kommission zur Überprüfung des Programms entwarfes. Das Programm wurde mit einer Reihe unbedeutender Abänderungen vom Verbandstag einstimmig angenommen. Dann erhaltete Jugendgenosse Hochsamm den Bericht über die wirtschaftlichen Fragen der Arbeiterjugend, welcher Krieg u. Revolution noch größere Verleumdung gebracht haben. Die Arbeiterjugend im tschechoslowak. Staate leidet mit dem gesamten Proletariat unter der Arbeitslosigkeit, die Forderungen nach Abschaffung der Nachtarbeit und des Sonntags- und Abendunterriches sind noch immer nicht restlos erfüllt. Unternehmer und Meister laufen gerade gegen die Gesetze, die diese furchtbare Ausbeutung der proletarischen Jugend verhüten sollen, ständig Sturm. Redner besprach dann ausführlich die drei hauptsächlichsten Forderungen der Arbeiterjugend, deren Erfüllung die Voraussetzung einer Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage ist, nämlich Schutz der Lehrlinge, Umgestaltung der Gewerkschulen und allgemeinen Jugendschutz. Im Vordergrund des Kampfes der Jugendlichen steht die Forderung nach dem 6-Stundentage und nach gesichertem Urlaube, eine ausreichende Arbeitslosenunterstützung und die Verbesserung der Lage der Landjugend und der Hausgehilfen. Die sozialistische Arbeiterjugend fordert ferner aktives und passives Wahlrecht in die Reichsräte. Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen Referat Hochsams ergriff Abgeordneter Genosse Schäfer (Zentralgewerkschaftskommission) das Wort, der

unter anderem ausführte: „Sie haben in Ihrem Programm eine Reihe von Forderungen aufgestellt, die nur mit Hilfe der gewerkschaftlichen Organisationen, andere, die nur durch Gefetwendung erfüllt werden können. In diesem Staate ist leider derzeit auf diesem Gebiete nur wenig zu erreichen. Auf die tschechischen Sozialdemokraten, die in der kommenden Regierung vertreten sein werden, können wir ja nur geringe Hoffnungen setzen. Die bürgerlichen Parteien waren und sind in den sozialpolitischen Fragen nur sehr wenig zu Zugeständnissen bereit. In diesem Staate ist sogar eine Verschlechterung der Lage der Arbeiterjugend eingetreten. Heute herrschen in manchen Gewerben Zustände, wie sie in der Vorkriegszeit nicht ärger waren. Es ist also gerade in der Frage des Jugendschutzes in der Tschechoslowakischen Republik ein großes Stück Arbeit zu leisten. Die Gewerkschaften werden dafür Sorge tragen, daß Ihren Forderungen größte Aufmerksamkeit geschenkt werde. Sie haben Ihre Beratungen vorbildlich ernster Weise geführt, Sie haben sich ein Programm gegeben, mit dessen Hilfe Ihre Organisation gewiß weitere gute Fortschritte machen wird. Sie haben die ärgste Krise überwunden, Ihre Organisation ist wieder im Aufstieg begriffen, es braucht Ihnen also um ihre Entwicklung wirklich nicht bange zu sein. Die Gewerkschaften machen eine ganz ähnliche Krise durch, wir würden dasselbe Schicksal erleiden, das Ihre Organisation erlitten hat, auch die Gewerkschaften würden zerfallen werden, wenn sie sich nicht bei Zeiten zur Wehr setzen gegen jene Treibereien, die auf Anordnung Moskaus von den Kommunisten verübt werden. Alle Teile der Arbeiterbewegung werden die schwere Krise überwinden, die die Kommunisten über sie gebracht haben. Die Gewerkschaften werden den Sozialistischen Jugendverband in jeder Weise nach Kräften unterstützen.“

Es sprach dann in der Debatte noch Genosse Thaller-Wien, der in längerer Rede die unübertroffenen Erfolge der österreichischen sozialistischen Jugendbewegung erläuterte und Genosse Weikert-Karlsbad. Nach dem Schlußworte Hodés wurde vom Verbandstage der Antrag der Gruppe Sternberg auf Herausgabe einer Broschüre über Gewerkschaftsreform und Lehrlingschutz dem Verbandsvorstande überwiesen, und der Antrag der Kreisorganisation Karlsbad auf Bildung eines Lehrlingschutzkomitees angenommen.

Dann folgte ein einstündiges Referat des Genossen Paul über „Unsere künftigen Aufgaben“, die er in organisatorische, Kampf- und Bildungsaufgaben unterteilte. Er begründete zunächst ausführlich die Notwendigkeit der Erhöhung des Monatsbeitrages und besprach dann die vom Exekutivkomitee der Internationalen Arbeitsgemeinschaft beschlossene Abhaltung einer Internationalen Jugendwoche vom 24.—30. Oktober dieses Jahres. In diesen Tagen will der Verband für die Ideen der Arbeitsgemeinschaft unter der gegnerischen und der indifferenten Proletarierjugend werben. In allen Bezirkestädten sollen am letzten Tage der Werbewoche größere Versammlungen zur Hebung des internationalen Gedankens und außerdem künstlerische Feiern, die derselben Idee dienen, veranstaltet werden. Redner besprach die Schaffung eines Internationalen Kampffondes, wie er vom Exekutivkomitee der Arbeitsgemeinschaft beschlossen wurde, entwickelte dann, zu den Kampfaufgaben übergehend, ein Aktionsprogramm für den Kampf gegen den Militarismus und begrüßte das Versprechen der Gewerkschaften, den Verband in seinem Kampfe um Erfüllung der wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiterjugend zu unterstützen. Mit aller Energie muß die Arbeiterjugend die Errungenschaften des Verbotes der Nachtarbeit und des Sonntags- und Abendunterrichtes zu erhalten trachten. Wenn es notwendig ist, muß zum letzten Mittel gegriffen und der Gewerkschaftsstreik proklamiert werden. Redner beschäftigt sich dann noch mit dem Kampfe gegen den Nationalismus, gegen die gegnerischen Jugendorganisationen und gegen die Volksschulen. Von der Besprechung des Kampfes gegen Alkohol und Nikotin, gegen Schundliteratur und Kino leitete er zu den Bildungsaufgaben über, für die er theoretisch ein allgemeines Programm entwarf; die Besprechung der praktischen Durchführung muß der Verbandstag infolge der vorgeschrittenen Zeit dem neu zu wählenden Verbandsvorstand überlassen.

Dem beifällig aufgenommenen Referate des Genossen Paul folgte eine lange Debatte, an der sich die Genossen Liebscher-Kaaden, Töbauer-Karlsbad, Hodsa-Karlsbad, Margin-Tepliz, Schöwarz-Bodenbach, Goldschmidt-Prag (als Gast), Genossin Pucher-Karlsbad, Jaksch-Romtau und Fhm-Bodenbach beteiligten. Fast alle Redner beschäftigten sich mit dem Militarismus, dem sie — es ist erfreulich, dies zu be-

richten — den energischen Kampf ansagten. Die Diskussion war äußerst lebendig und zeigte den Kampfgeist, der in unserer Jugendbewegung lebt. Nach dem Schlußworte Pauls wurde der Antrag des Monatsbeitrages auf Erhöhung des Monatsbeitrages von 1 K 60 auf 2 K mit allen gegen fünf Stimmen angenommen. Angenommen wurde ferner unter anderem ein Antrag der Bezirksorganisation Brüx zur Schaffung einer Schriftenabteilung (Bücherparlaffo) und ein Antrag der Gruppe Weipert auf Schaffung von Kreisjugendschulen.

Der Verbandstag beschloß sodann einstimmig folgende Entschlieung zum Kampfe gegen den Nationalismus:

„Die im Sozialistischen Jugendverband vereinigte Arbeiterjugend erblickt im Nationalismus eines der größten Hindernisse im Befreiungskampfe des Proletariats. Ausgehend von der Überzeugung, daß ein friedliches Nebeneinanderleben der Nationen nur dann möglich ist, wenn jedem Volke die volle nationale Autonomie gewährleistet wird, betrachtet es der Sozialistische Jugendverband als seine Aufgabe, gegen den nationalen Chauvinismus, zu dem besonders die Jugend mißbraucht wird, mit allen Mitteln der Aufklärung zu kämpfen.“

Der Verbandstag wählte sodann folgende Jugendgenossen in den Verbandsvorstand: Paul-Tepliz (Obmann), Skoutaja-Auffig, Hofbauer-Tepliz, Genossin Mahner-Kuffig, Malh-Tepliz, Hock-Bodenbach, Hodsa-Karlsbad, Weikert-Karlsbad, Müller-Tepliz, Nob-Tepliz, Langert-Troppau, Barh-Trautman. Kontrolle: Goldbach-Kuffig, Walter-Bodenbach, Schneider-Gruppen, Schrammer-Tepliz, Jaksch-Romtau, Zettel-Neudel und Pipal-Brünn.

Nach Erledigung einiger freier Anträge war die Tagesordnung erschöpft. Vorsitzender Gen. Malh schloß um 14 Uhr nachmittags den Verbandstag mit einem kurzen Appell und einem dreifachen Hoch auf die proletarische Jugendinternationale. Die Delegierten stimmten in das Hoch ein, erhoben sich von den Sitzen und feierlich wie zu Beginn der Tagesordnung sang auch zu ihrem Abschluß die „Internationale“ durch den Saal.

Es ist nicht möglich, die gewaltige Arbeit, die unsere Jugendlichen in den drei Verhandlungstagen geleistet haben, in wenigen Sätzen entsprechend zu würdigen und wir behalten uns darum vor, diese Tagung noch besonders zu besprechen. Als wichtigstes Ergebnis des Verbandstages ist die Schaffung eines vorzüglichen Programms hervorzuheben, mit dessen Befolgung unsere jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, die nun der Internationalen Arbeitsgemeinschaft angehören, sicherlich erfolgreiche Arbeit werden leisten können. Wir grüßen sie, die künftigen Träger des proletarischen Klassenkampfes, und wünschen ihnen den Erfolg, den ihre reiche, unermüdete Arbeit auf ihrem ersten ordentlichen Kongresse versprochen hat.

Tages-Meinigkeiten.

Die Krummauer Kommunisten können wirklich stolz auf ihre Vertrauensmänner sein. Unsere Leser wissen bereits, daß der erste Bürgermeister von Krummau, Firschl, der übrigens auch Mitglied des kommunistischen Parteivorstandes ist, beschuldigt wird, an der Flucht eines Mitbeteiligten an dem Mord von Chodau mitgewirkt zu haben. Heute wollen wir unsere Leser auch etwas von dem zweiten Bürgermeister von Krummau, dem Sparkassadirigenten und Kreisvertrauensmann der kommunistischen Partei, Hans Janovský, hören lassen. Janovský hat in der Wiener Postparlaffo auf das Konto der Krummauer Sparkassa Gelder einlegen und sich die Beträge in gleicher Höhe in tschechoslowakischer Währung auszahlen lassen. Bisher wurde ein Betrag von 21.000 Kronen festgesetzt, die auf solche Weise verschoben waren. Bei weiteren 6.000 Kronen wurde dem Janovský von den anderen Beamten die Auszahlung verweigert und dem Direktorium Mitteilung gemacht. In der Sparkassa, die bisher einen Schaden von rund 20.000 Kronen erlitten hat, wird jetzt eine strenge Revision durchgeführt werden. Fürwahr, Krummau kann auf seine zwei Bürgermeister, die kommunistische Partei auf ihre Sekretäre und Vertrauensmänner stolz sein. Die kommunistische Partei hat übrigens auch alle Ursache, sich der Ehrenhaftigkeit ihrer „Südwestböhmischen Arbeiterzeitung“ höchlich zu rühmen. Dieses Blatt schimpfte nach dem Streikpuffsch am 12. Juli d. J. den sozialdemokratischen Kreissekretär in Krummau, Leopold Wimmer, einen Arbeiterverräter, weil er mit den Unternehmern über die Abwürgung des Demonstrationsstreikes verhandelt habe. Genosse Wimmer klagte wegen Ehrenbeleidigung und wurde nun verurteilt, daß der Herausgeber und verantwortliche Redakteur der „Südwestböhmischen Arbeiterzeitung“, Adolf Sampe, in der Tschechoslowakei überhaupt nicht existiert, ein

Mann dieses Namens sei vor längerer Zeit nach Rußland ausgewandert und es sei von ihm schon lange keine Nachricht eingetroffen. Es hat also in der ganzen kommunistischen Partei niemand den Mut, für das, was in diesem Blatte geschrieben wird, seinen Namen herzugeben. Alles in Allem kann man wohl sagen: Der Name Krummau wird für alle Zeiten in der Geschichte der kommunistischen Bewegung mit goldenen Lettern eingetragen bleiben.

Die magyrische „Nationalehre“. Der Magistrat der Hauptstadt Budapest hat in jüngster Zeit jüdische Fachlehrer und Lehrerinnen entlassen, ferner jüdische Schuldirektoren degradiert und jüdische Handelsschulprofessoren ohne Angabe von Gründen an Bürgerschulen versetzt. Die Zahl der von diesen Maßnahmen Betroffenen beziffert sich auf etwa 400. Am Sonntag veranstaltete der demokratische Teil der Gemeindevertretung gegen diese Verfügungen eine Protestversammlung, in welcher der ehemalige Minister Gabriel Ugron und Abgeordneter Polonhi sprachen. Sie erklärten, daß es sich in dieser Frage nicht um eine jüdische Angelegenheit, sondern um eine Frage der magyrischen Nationallehre handelt. Wir finden es recht schön von den Budapest Demokraten, daß sie sich der ohne Grund, aus reinem Antisemitismus gemahregelten jüdischen Lehrer so warm annehmen, aber die Berufung auf die magyrische Nationallehre ist denn doch zu lächerlich, zumindest tragi-komisch zu nennen. Was bedeutet die Maßregelung 400 jüdischer Lehrer, so schreiend dieses Unrecht auch ist, gegenüber den tausenden Mord- und Gewalttaten, die die heutigen Führer der magyrischen Nation und ihre Handlanger in den letzten Jahren auf ihr Gewissen geladen haben! Finden die magyrischen „Demokraten“ nicht, daß die Ehre ihres Volkes durch das ruchlose Treiben der Horthybanditen schon hunderte Male mehr geschändet wurde als durch das Unrecht an den jüdischen Lehrern, das diese sonderbaren Demokraten auf einmal das Wort ergreifen läßt?

Präsident Masaryk tritt am 16. September seine Reise nach Mähren und der Slowakei an. Es begleiten ihn unter anderen Ministerpräsident Cerny und Außenminister Dr. Beneš.

Zur Präsidentenreise wird uns aus Olmütz geschrieben: Wie in Brünn ist auch in Olmütz an die deutsche sozialdemokratische Fraktion des Gemeindevorstandes die Einladung zur Teilnahme an einer Guldigungsfeier ergangen. Ueber Anfrage, ob in der Sitzung Anschauungen und Wünsche geäußert werden könnten, wurde erklärt, daß außer Guldigungsansprüchen keinerlei politische oder anderweitige Beschwerden vorgebracht werden dürfen und der Wortlaut der Ansprache der Statthalterei oder der Kabinettskanzlei vorgelegt werden müßten. Die sozialdemokratische Fraktion lehnte darauf ab, an der Sitzung teilzunehmen. Die tschechische Presse ist darüber sehr entrüstet. Wir werden es ihren „demokratischen“ Auffassungen nie recht machen.

Die Verteilung der Arbeiterfammlungen für das hungernde Rußland. Ein gewerkschaftlicher Vertrauensmann schreibt uns: Bei der Durchführung der Sammelaktion wurde mir oft die Frage vorgelegt, durch welche Körperschaften die Verteilung vorgenommen werden würde und es wurden Zweifel darüber ausgesprochen, ob die Möglichkeit einer unparteiischen Verteilung gegeben sei. Immer wieder wurde eine Gewähr verlangt, daß die Verteilung unabhängig von den Sowjetorganen, durch unparteiische Leute vorgenommen werde, da sonst die Sammlungen schlecht ausfallen würden. Wer, wie ich, in Rußland gewesen ist und die Beschaffenheit mancher Sowjetkommissäre kennt, der weiß, daß bei einer Beschreitung dieses Weges das hungernde russische Proletariat sehr wenig von diesen Sammelgeldern und Produkten und von unserer Hilfe überhaupt wahrnehmen würde. Um die gerechte, der Bedürftigkeit der Einwohner entsprechende Verteilung zu sichern, darf die Verteilung nicht in die Hände der Organe einer einzelnen Partei gelegt werden, sondern es hätte das Hilfskomitee Männer zu entsenden, welche mit den dortigen Verhältnissen vertraut sind und es wären örtliche Komitees zu bilden, wobei zu achten wäre, daß keine Partei einseitig vertreten ist. Auch hätte die Ablieferung ländertweise zu erfolgen und eine Zentralstelle müßte für die planmäßige Aufstellung sorgen, das wären die Gewerkschaften, welche auch die Sammlungen durchführen. Die Vorschüsse der Verteilung hätte dem Internationalen Gewerkschaftsbund zu obliegen. Nur so kann allen hungernden Menschen in Rußland geholfen werden.

Die hohen Fleischpreise in den Prager Gastwirtschaften und Sclcherläden. In der gestrigen Sitzung der Zentralverwaltungs-kommission für Csoh-Prag brachte der Vertreter der deutschen Sozialdemokratie Genosse Dr. Arthur Bloch zur Sprache, welche hohe und den gesunkenen Viehpreisen nicht entsprechende Preise für Fleischspeisen in den Prager Gastwirtschaften und für Sclchwaren in den Sclcherläden gefordert werden. Die agrarische Presse weise ununterbrochen darauf hin, daß die Konsumenten von dem Sinken der Viehpreise gar keinen Vorteil hätten, da die Gastwirte und Sclcher ihre Preise nicht ernäßigen, sondern die Dif-

ferenz einfach als Gewinn einstecken; die hohen Preise der Fleischspeisen in Prag hätten die fremden Besucher der Prager Wustermesse in Erstaunung gesetzt, Seinerzeit verlautete, daß gegen eine Anzahl von Sclchern das Strafverfahren wegen Wuchers eingeleitet worden sei; da jedoch über das Ergebnis dieses Verfahrens nichts bekannt wurde, sei mit ziemlicher Gewißheit anzunehmen, daß das Verfahren eingestellt wurde oder sonst ergebnislos geblieben sei. Zum Schluß erfuhr Genosse Dr. Bloch den Vorsitzenden, Bürgermeister Dr. Vaxa, er solle energische Schritte einleiten, damit die ganz ungerechtfertigte Teuerung der Fleischspeisen und Sclchwaren beseitigt werde, und daß er sich zu diesem Behufe auch mit dem Prager Wucherrate und mit dem Reichswirtschaftsrate ins Einvernehmen setzen wolle. Den Ausführungen des Genossen Dr. Bloch pflichteten die Redner der tschechischen Parteien bei; auch der Vorsitzende, Bürgermeister Dr. Vaxa, gab die Berechtigung der erhobenen Beschwerde zu und versprach, dem Ersuchen des Beschwerdeführers Rechnung zu tragen und auch den Magistrat als Gewerbebehörde zu beauftragen, die entsprechenden Schritte gegen die unbegründet hohen Preise einzuleiten. Hoffentlich wird den Prager Sclchern und Gastwirten endlich in Erinnerung gebracht werden, daß es auch ein Wuchergesetz gibt, welches Straflolonen und ähnliche zweckentsprechende Einrichtungen eingeführt hat.

Ein mysteriöser Todesfall wird aus Jglau gemeldet. Am letzten Freitag logierte sich in einem dortigen Hotel ein Paar ein, das sich gleich nach seiner Ankunft zu einem Jglauer Arzt begab. Der Arzt pumpte der Dame auf ihr Verlangen den Magen aus, dann begab sich das Paar wieder ins Hotel. Noch in der Nacht erkrankte sich der Mann und gab dem Personal den Auftrag, die Dame, falls sie nicht vor sieben Uhr läute, um diese Zeit zu wecken. Am Morgen fand man nun die Dame im Bette tot vor, ihr Körper war ganz schwarz. Der Arzt erklärte bei der Einvernahme, der Begleiter der Dame hätte ihm gesagt, er sei im Eisenbahnwagen von ihr erkrankt worden, sie zu begleiten und ihr Beistand zu leisten, sie habe Arsenik genommen. Die Dame, die aus der Znaimer Gegend stammt, war schwanger, ihr Begleiter, der sich als Arzt legitimiert, stammt aus Jglau. Es ist noch ungeklärt, ob es sich hier um einen Mord oder Selbstmord handelt.

Der „Vigbert“ in Triest eingetroffen. Samstag abends traf in der Triester tschechoslowakischen Hafensektion das Schiff „Vigbert“ mit 1558 Gefangenen und Kolonisten aus Südrussland ein. Darunter befinden sich 451 tschechoslowakische Staatsangehörige. Das tschechoslowakische Generalkonsulat in Triest beförderte sie Sonntag vormittags mit dem Sanitätszuge Nr. 27 in die Tschechoslowakei. Zum größeren Teil trafen tschechoslowakische Staatsangehörige ein, welche vor dem Kriege in Rußland, insbesondere in Waku, Armarvir, Jekaterinodar und Kofstow ansässig waren. In dem Sanitätszuge reisen 264 Männer, 102 Frauen, 61 Kinder und 3 Kranke.

Der Streik der Prager Malergehilfen hat sich auf alle Betriebe ausgedehnt, da es gestern zu keiner Einigung gekommen ist.

Eine halbe Million veruntreut. Bei einem großen Prager Geldinstitut veruntreute der Beamte Josef Bronce Wertpapiere im Werte von ungefähr 520.000 Kronen. 41.000 Kronen sind durch das Vermögen des Täters gedeckt, der Rest ist versichert.

Noch eine Veruntreuung. Der Teilshaber und Buchhalter der Filmbereitigungsgesellschaft Slavvia veruntreute durch wiederholte Betrügereien ungefähr 50.000 Kronen, die er falsch buchte. Er wurde dem Strafgerichte eingeliefert.

Arbeiterriß. Gestern um 11 Uhr vormittags stürzten beim Baue des Prager Wasserbedens in der Belcredistraße am Pradschin vom 2 Meter hohen Vangerüst der 23jährige Maurer Josef Schafrauel aus Kofschowitz und der 23jährige Betonarbeiter Franz Cetrny aus Biskup ab. Die Verletzten wurden von der Rettungsgesellschaft verbunden und in häuslicher Pflege belassen.

Durch den gestrigen Sturm wurden in Lieben und Wyzsojan mehrere Bäume, Säune und Telegraphenstangen umgeworfen, wodurch auch die telephonische Verbindung gestört wurde.

Wasserstandsbericht. Hohenfurt — 6, Budweis — 22, Tabor + 14, Roldauten — 5, Pijel + 12, Raml — 4, Stechowiz — 54, Porschig — 15, Beroun — 43, Mobrau — 88, Prag (Alte Mühlen) + 14, Karlin + 10, Pardubitz — 92, Brandeis — 50, Melnik + 24, Loun — 71, Leitmeritz + 53, Kuffig — 79, Tetschen — 83. — Voraussage für den 14. September: Kuffig — 79, Tetschen — 84.

Brand auf einem Wiener Bahnhof. Sonntag nacht brach im Franz Josef-Bahnhof im Lagerraum einer Firma ein Brand aus und dehnte sich auf die Staatsbahnmagazine aus. Infolge des heftigen Windes gelang es nur mit großer Mühe, den Brand zu lokalisieren. Der Schaden ist erheblich.

Der Streik der Angestellten der Stadt Berlin beendet. Berlin, 13. September. (Tsch. B. Z.) Der Ausstand der städtischen Angestellten und Arbeiter ist beendet. Elektrischer Strom und Gas werden wieder geliefert. Die Straßenbahnen verkehren wieder.